

Wortprotokoll/Protokoll

der öffentlichen Sitzung

des Ausschusses für Gleichstellung und Antidiskriminierung

Sitzungsdatum:	12. Oktober 2023
Sitzungsort:	Hamburg, AP6, Sitzungssaal 2.04
Sitzungsdauer:	14:04 Uhr bis 15:52 Uhr
Vorsitz:	Abg. Filiz Demirel (GRÜNE)
Schriftführung:	Abg. Eckard Graage (CDU) i.V.
Sachbearbeitung:	Claudia Kuhlmann

Tagesordnung:

1. Altersfreundliche Stadt (Age-friendly City der WHO)
(Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)
Hier: Auswertung der Anhörung vom 14. September 2023 und Senatsbefragung
2. [Drs. 22/12620](#) Halbjahresbericht 2023, jährliches Berichtswesen für Schulbaumaßnahmen, Bericht über gewährte Sicherheitsleistungen für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Hamburgischen Sportinfrastruktur
(Senatsmitteilung)

– Der Haushaltsausschuss ist federführend, der Ausschuss für Gleichstellung und Antidiskriminierung, der Ausschuss für Justiz und Verbraucherschutz, der Ausschuss für öffentliche Unternehmen, der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration, der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie, der Ausschuss für Wirtschaft und Innovation, der Europaausschuss, der Familien-, Kinder- und Jugendausschuss, der Gesundheitsausschuss, der Innenausschuss, der Kultur- und Medienausschuss, der Schulausschuss, der Sportausschuss, der

Stadtentwicklungsausschuss, der Verfassungs- und Bezirksausschuss, der Verkehrsausschuss und der Wissenschaftsausschuss sind mitberatend. –

3. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Julia Barth-Dworzynski (SPD)
Abg. Filiz Demirel (GRÜNE)
Abg. Mareike Engels (GRÜNE)
Abg. Andreas Grutzeck (CDU)
Abg. Danial Ilkhanipour (SPD)
Abg. Regina-Elisabeth Jäck (SPD)
Abg. Iftikhar Malik (SPD)
Abg. Christa Möller-Metzger (GRÜNE)
Abg. Farid Müller (GRÜNE)
Abg. Britta Schlage (SPD)
Abg. Silke Seif (CDU)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Eckard Graage (CDU)
Abg. Metin Kaya (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Ekkehard Wysocki (SPD)

III. Weitere Abgeordnete

Abg. Deniz Celik (Fraktion DIE LINKE) i.V.
Abg. Sabine Jansen (SPD) i.V.

IV. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke

Frau Senatorin Katharina Fegebank
Frau LRD'in Dr. Anja Diek
Frau ORR'in Dr. Silke Böttcher-Völker
Herr RD Nico Abend

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Herr wiss. Angestellter Marco Kellerhof

Behörde für Verkehr und Mobilitätswende

Frau LRD'in Jennifer Wesche
Herr AR Marijan Rosse
Frau Angestellte Dr. Susanne Eifferding

V. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Claudia Kuhlmann

VI. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

9 Personen

Zu TOP 1

Vorsitzende: Bevor ich aber jetzt in den ersten Tagesordnungspunkt einsteige, würde ich ein Wortprotokoll vorschlagen. Gibt es dazu Anmerkungen, Widerspruch? Ich sehe das auch nicht, dann machen wir ein Wortprotokoll.

Und der erste Tagesordnungspunkt ist ja heute die altersfreundliche Stadt, Age-friendly City, Selbstbefassung gemäß Paragraf 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft. Heute ist hier die Auswertung der Anhörung vom 14. September 2023 und die Senatsbefragung. Wir hatten ja im September die Expertenanhörung und heute machen wir die Senatsbefragung und die Auswertung der Abgeordneten.

Und dazu möchte ich gern das Wort für eine Einleitung erst mal an den Senat weitergeben.

Senatorin Fegebank: Ja. Hallo. Vielen Dank, liebe Frau Vorsitzende, liebe Abgeordnete, Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedenen Behörden heute hier. Es ist mir eine Freude zu sehen, dass einige Kollegen aus der BVM und auch aus der Sozialbehörde heute hier sind, um gemeinsam die Expertinnenanhörung auszuwerten, und natürlich, liebe Gäste.

Ich will vorwegschicken einen ganz großen Dank an die Expertinnen und Experten, die hier in der letzten Ausschusssitzung Rede und Antwort gestanden haben und auch mit ihren Impulsen ja sehr wertvolle Hinweise dafür gegeben haben, wie es uns jetzt gelingen kann, den Aktionsplan Age-friendly City, also für eine altersgerechte, altersfreundliche Stadt, weiterzuentwickeln aus dem Demografie-Konzept heraus. Und das wird ja unsere Aufgabe jetzt der nächsten Wochen sein, wo wir jetzt, glaube ich, richtig gutes Futter noch mal haben, aus den verschiedenen Perspektiven gehört haben, um wirklich alle zusammen weiterzuarbeiten an einer Stadt für alle Generationen, ein Thema, das uns fortlaufend und immer begegnet und bewegt und angesichts demografischer Entwicklung auch immer weiter an Bedeutung gewinnt.

Vielleicht nur noch mal an dieser Stelle, auch das ist in der Expertinnenanhörung schon sehr deutlich geworden, wir haben immer mehr Ü60 mit Tendenz steigend. Aktuell leben in Hamburg knapp 340 000 Menschen im Alter von 65 und älter und den Prognosen zufolge steigt diese Zahl weiter bis 2035 auf insgesamt über 420 000 Menschen. Und das sind dann circa ein Fünftel aller Hamburgerinnen und Hamburger, also eine Gruppe, die dann ganz schön viel Kraft, ganz schön viel Power und natürlich auch sehr viele Erwartungen haben wird an die Gestaltung der Stadtgesellschaft, aber sicherlich auch an den politischen Raum. Und dafür wollen wir natürlich Rahmenbedingungen schaffen in all den adressierten Themenfeldern Gesundheit, Teilhabe, Mobilität, Sicherheit. Dort die Lebensqualität der Älterwerdenden und älteren Menschen zu fördern und zu verbessern, dass wir wirklich diesem Anspruch, eine Stadt für alle, generationenübergreifend stark auch gerecht werden.

Wir wollen dieses Ziel nicht nur verfolgen, sondern wir wollen es eben gemeinsam mit vielen Akteurinnen auf den Weg bringen und ich finde, das hat auch die Expertinnenanhörung gezeigt, es wird an ganz vielen Stellen, sei es in der Stadtentwicklung, sei es in der Frage der Digitalisierung, aber auch hier wieder der Frage des Wohnens und der Mobilität, daran gearbeitet, eben diesem Ziel auch näherzukommen und es auch nachhaltig im Blick zu behalten.

Ich will ganz kurz eingehen auf die Themen, die ja besonders im Fokus standen bei der Expertinnenanhörung und will vorwegschicken oder begleitend sagen, dass sich das deckt, auch diese Schwerpunktsetzung deckt sich mit unseren Eindrücken aus dem Fachtag, der letzte Woche stattgefunden hat unter Einbeziehung aller Behörden hier in Hamburg, die aktiv auch ihre nicht nur Teilnahme, sondern jetzt auch Teilnahme an der Weiterentwicklung des Aktionsplans angekündigt und zugesagt haben mit wirklich inspirierenden Beiträgen, die wir ja nicht nur bei der Expertinnenanhörung gehört haben, sondern eben auch bei dem Fachtag. Deshalb kann ich das vielleicht sogar schon, ohne da jetzt zu sehr ins Detail zu gehen, was den Fachtag angeht, weil wir das auch noch für uns auswerten und gucken, ob da ganz konkrete Impulse und Maßnahmen dabei sind, die wir dann auch gleich übernehmen können, aber schon auch in Beziehung setzen zur Expertinnenanhörung hier in diesem Ausschuss.

Ein ganz großer Komplex, den ich, ich glaube, jetzt in den ersten Minuten auch schon dreimal angesprochen habe, ist das Thema Mobilität und öffentlicher Raum als Grundpfeiler für Würde und Selbstbestimmung, so zumindest die sinngemäße Wiedergabe verschiedener Beiträge der Expertinnenanhörung. Gut erreichbare, bezahlbare und passende Mobilitätsangebote sind wichtig, insbesondere auch die Anbindung zum Stadtrand. Also die Anbindung zu den Stadtteilen, Quartieren, die erstens bisher vielleicht noch nicht so gut angebunden und angeschlossen sind, und vor allem auch dort, wo sich vielleicht über die Jahre auch eine Bevölkerungsstruktur entwickelt hat, wo wir eher viele ältere Menschen leben haben.

Wichtig tatsächlich barrierefrei und bezahlbar, auch was den öffentlichen Personennahverkehr angeht. Und was immer wieder angesprochen wurde, auch das barrierefreie Umfeld, Stichwort ebene, ausreichend breite Gehwege, Beleuchtung, Bänke, Sitzmöglichkeiten in Grünflächen, um da sowohl das Thema Wohlfühlen und Sicherheit zu adressieren, aber eben auch wirklich die Frage, wie bewege ich mich im öffentlichen Raum und wie habe ich auch noch eine Chance, im Alter möglichst mobil zu sein.

Wir haben festgestellt bei der Expertinnenanhörung, dass die Bedeutung des Themas Wohnen in all seinen Facetten steigt. Ein Beispiel, das immer wieder angeklungen ist und das mir auch gespiegelt wird aus den vielen Gesprächen mit älteren Menschen, aber auch mit unseren Vertretungen, Landes-Seniorenbeirat oder auch bezirkliche Seniorinnenbeiräte, ist immer die Frage, wie lebt man möglichst lange selbstbestimmt auch in seinen eigenen vier Wänden im Alter. Und wir haben vielerorts die Situation, dass wir ältere Menschen haben in großen Wohnungen, teilweise Häusern, die erstens nicht barrierefrei sind und die zweitens tatsächlich für viele auch viel zu groß sind. Ein Drittel ist ungefähr die Zahl von Menschen, die allein leben, die gern woanders hingehen würden, solange sie dann eben auch in ihrem eigenen Wohnraum sind.

Das ist ja ein Trend, den wir seit vielen Jahren beobachten, möglichst lange selbstbestimmt zu sein und nicht zwingend in eine Einrichtung auch zu gehen, ins Seniorenwohnen oder gar in eine Pflegeeinrichtung, also so lange es geht, selbstständig und selbstbestimmt zu sein. Das ist immer ein ganz, ganz großer Wunsch und da wirklich die Frage, ob und wie es Rezepte, Wege, Möglichkeiten gibt. Ich glaube, da ist im Moment ein toller Möglichkeitsraum, bei dem Kreativität keine Grenzen gesetzt sind, von Wohnungstausch über andere Modelle wirklich zu gucken, wie man für alle Beteiligten da auch so eine Art Win-win-Situation herstellt.

Zwischen den Zeilen oder auch mal ganz offensiv ist immer wieder das Thema Altersarmut angesprochen worden, zunehmende Altersarmut, gerade auch in Metropolen, wie Hamburg es eine ist. Und damit einhergehend dann wirklich die Frage der Spielräume, der Handlungsoptionen, die dann häufig abhängig sind von, ja, Umfeld, Bildung, ökonomischen Spielräumen, die sich ergeben, und davon hängt dann natürlich ganz stark

auch die Teilhabemöglichkeit, das Mitmachen, das Gesehenwerden in der Gesellschaft sehr, sehr stark ab.

Das Thema Teilhabe hat auch einen großen Stellenwert im ganzen Kontext Digitalisierung eingenommen, wo sehr deutlich gemacht wurde, dass es natürlich eine Prävention von Einsamkeit auch sein kann, also analog, aber vor allem auch digital, sodass wir da zweigleisig ja zum einen Angebote im Bereich der Digitalisierung niedrigschwellig dezentral ausbauen wollen und auch ausbauen müssen. Orte, Netzwerke, wo viele Angebote unter einem Dach stattfinden, wie zum Beispiel das KörperHaus, was ja auch vertreten war direkt durch eine Expertin, wo wir einfach sehen, welche Möglichkeiten es gibt, wenn die Interessen, Belange von älteren Menschen, Seniorinnen und Senioren, auch von Anfang an bei der Konzeptionierung eines solchen stadtteil- oder bezirklichen Angebotes auch mitgedacht werden.

Das Thema Quartierszentren aus allen Perspektiven in den Stadtteilen ist angesprochen worden, die Frage von Hausbesuch und der möglichen Ausweitung, die Weiterentwicklung von offenen Seniorinnenangeboten und Seniorinnentreffs und die Frage, wie da noch eine stärkere Verzahnung auch in die Quartiere erfolgen kann, um auch Nachbarschaft lebendiger zu gestalten und auch die Vielfalt. Weil natürlich ältere Menschen schon abhängig von ihrem Alter, aber dann natürlich auch die Frage ihres bisherigen Lebens, ihrer bisherigen Erfahrungen, ihrer Herkunft eine überhaupt nicht homogene, sondern eine wahnsinnig vielfältige Gruppe sind, dass man das in allen Fragen der Teilhabe und auch der Quartiersarbeit auch tatsächlich mit berücksichtigt.

Vielleicht ganz kurz noch einmal, wie wir jetzt weiter umgehen mit der Frage, was haben denn diese Ergebnisse jetzt zu tun mit unserem Plan, den Aktionsplan weiterzuentwickeln. Ich glaube, wir hatten hier im Ausschuss auch schon berichtet, dass wir mit Jahresanfang ab Frühjahr einen Austausch und auch Beitragsabfragen an alle Behörden gemacht haben. Dass wir dann Fokusgruppengespräche mit 82 Seniorinnen in allen Bezirken im Juli und August geführt haben und der eben angesprochene Fachtag dann in der letzten Woche mit rund 100 Teilnehmenden aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft mit auch intensiven Diskussionen in den Workshops am Nachmittag, wo es richtig dann in medias res ging und ganz konkret auch schon Ideen und Maßnahmen für das entwickelt wurden, was wir hier in Hamburg tun können. Weil natürlich Räder wie Renten, Rentenniveaueinstellungen et cetera auch immer Themen sind, die mir begegnen, vor allem gekoppelt an die Frage, finanzielle Möglichkeiten, die natürlich auch ein Showstopper für Teilhabe sind. Das sind Räder, die dann in Berlin gedreht werden, ohne dass ich uns oder mich hier aus der Verantwortung ziehen will, aber ich habe immer große Sympathie für einen pragmatischen Angang, jeder irgendwie auf seinem Platz. Und das, was wir hier tun und beeinflussen können, das tun wir und da haben wir einfach viele Hebel.

Wir haben ja auch Beispiele, orientieren uns ja an dem Konzept der altersgerechten, altersfreundlichen Stadt der WHO, haben also 1 400 Städte in 51 Ländern, die genau dieses Konzept sich auch schon zur Leitlinie und zum Orientierungsrahmen gemacht haben. Und da gucken wir uns jetzt genau diese Querschnittsaufgaben an, öffentlicher Raum, Wohnmobilität, Teilhabe, Information, Kommunikation, um wirklich nur ein paar herauszugreifen, die eben, ja, auch Schwerpunkte der Expertinnenanhörung waren, auch Schwerpunkte des Fachtages eben auch mit Impulsen schon jetzt aus Verwaltung, aber eben auch denjenigen, die aktiv Arbeit von, für und mit älteren Menschen gestalten.

Und das ist sicherlich kein Geheimnis, wenn die eben genannten Themen, die ich gerade so schlaglichtartig aus der Expertinnenanhörung herauskristallisiert habe, natürlich auch welche sind, wo wir gute Andockpunkte hier bei uns haben, Wohnmobilität und Teilhabe zusammendenken, gerade, wenn es um gute Quartiersansätze geht. Das Thema

Digitalisierung, wo wir ja auch dank Ihrer Unterstützung und der Impulse hier aus der Bürgerschaft und aus dem Ausschuss das ganze Thema Digitalmentorinnen auf den Weg gebracht haben, um wirklich, ja, präventiv Einsamkeit und Isolation ein Stück weit vorzubeugen, um denjenigen, die sich vielleicht digital abgehängt fühlen oder die das Gefühl haben, damit einfach nicht klarzukommen mit Tablet, Smartphone und Computer, kostenlos beraten und unterstützen. Das ist, glaube ich, eine richtig sichtbar gute Maßnahme, die wir hier auch fortführen wollen.

Wir sind ja in intensiven Gesprächen auch mit Ihnen zur Weiterentwicklung der offenen Seniorinnenarbeit. Auch da spielt natürlich die Frage, wie entwickeln sich eigentlich Treff- und Begegnungsmöglichkeiten im ganzen Stadtgebiet weiter. Aber welche Rolle spielen künftig auch Bürgerhäuser, Nachbarschaftstreffs, Mehrgenerationenhäuser, andere Vereine und Initiativen, die es gibt, auch vor dem Hintergrund, wie sich unsere Stadtgesellschaft natürlich verändert, entwickelt, fundamental auch noch mal vielfältig ist in ihren Bedürfnissen, in ihren Erfahrungen und in ihren Erwartungen auch an das aktive Leben im Alter.

Und dann noch mal last but not least wieder das Thema Mobilität, das sage ich nicht nur, weil wir heute drei Vertreter aus der Verkehrs- und Mobilitätsbehörde hier haben, sondern weil es, glaube ich, wirklich essenziell ist und gerade für einen Stadtstaat ein ganz relevantes Thema. Denn die Frage von, sich möglichst lang aktiv und sicher im Stadtraum zu bewegen und angstfrei, und vielleicht auch unterstützt, sich zu bewegen, das ist ein ganz zentrales, um eben diese Selbstbestimmung auch bis ins hohe Alter leben zu können.

Und da ist mein Eindruck, dass da gerade sehr viel Bewegung ist bei Ihnen im parlamentarischen Raum, aber auch von Verwaltungsseite, angefangen vom barrierefreien Ausbau des ÖPNV, wo wir, glaube ich, große Fortschritte gemacht haben die letzten Jahre. Aber dann auch die Frage, wie man neue Services, Stichwort On-Demand-Services, Erreichbarkeiten in den äußeren Stadtteilen besser sicherstellen kann und die Frage des öffentlichen Raums, wie der eigentlich gestaltet sein soll und muss künftig. Da nenne ich mal die Themen, die oft ein bisschen belächelt werden, von denen ich aber das Gefühl habe, dass sie richtig relevant sind, das Thema Toiletten, Toiletten im öffentlichen Raum. Das Thema Sitzgelegenheiten, aber, und das haben wir vor allem im Sommer erlebt, das ist das Thema von Verfügbarkeit, schnelle Verfügbarkeit von Wasserspendern, Trinkwasser, gerade in den Hitzewochen und Hitzemonaten. Ich glaube, da kann man in der Stadtentwicklung eine ganze Menge auch noch tun und auf den Weg bringen, um da dem Thema einer altersgerechten und altersfreundlichen Stadt auch einen großen Schritt entgegenzukommen. So.

Wir machen jetzt weiter. Wir hatten den Fachtag, wir sind jetzt in den intensiven Beratungen mit den Fachbehörden darüber und ich hoffe, dass heute auch noch der eine oder andere Impuls kommt, den wir dann mitnehmen, weil wir dann gern bis Anfang '24, Anfang/Mitte '24 dann den Aktionsplan zur Weiterentwicklung des Demografie-Konzepts, ja, vorstellen möchten, verabschieden möchten im Senat und dann selbstverständlich der Bürgerschaft zuleiten und auch in den Ausschüssen dann beraten möchten. – Vielen Dank erst mal.

Vorsitzende: Ja. Vielen Dank, Frau Senatorin, ich habe jetzt vier Kolleginnen auf der Redeliste und das ist zuerst Frau Schlage, dann Frau Möller-Metzger, danach Herrn Celik und Herrn Grutzeck. Wir fangen mit Frau Schlage an.

Abg. Britta Schlage: Ja. Ganz vielen Dank. Ich schließe mich erst mal an der Wertung, dass die Expertinnenanhörung sehr interessant war und schon viele Impulse gebracht hat. Und ich danke an dieser Stelle noch mal den Expert:innen, die uns hier wirklich sehr

komprimiert sehr viele Impulse gegeben haben zu den verschiedenen Facetten. Ich fand das auch vor allen Dingen sehr interessant, wir hatten ja sowohl verfahrensmäßige Impulse, wie man auch auf den Weg zu diesem Verbund der altersfreundlichen Städte der Weltgesundheitsorganisation dazukommt, als auch ganz konkrete eben in den öffentlichen Raum, Pflege betreffend und so weiter.

Ich habe eigentlich Fragen auch noch mal und Anmerkungen zu den Bereichen Verkehr und öffentlicher Raum, Pflege und Teilhabe und Mitwirkung. Ich fange mal an mit einem begrenzten Komplex jetzt Verkehr und öffentlicher Raum und wollte da mal fragen. Also ich denke, das ist ja so, wir wollen jetzt alle diesen Aktionsplan und diesen Prozess, den die Behörde ja leitet und macht, aber es ist ja so, dass wir natürlich schon seit längerer Zeit irgendwie auch ältere Menschen und behinderte Menschen im Blick haben im öffentlichen Raum und im Verkehr. Und jetzt zum Beispiel unsere Bahnhöfe, dass wir S- und U-Bahnhöfe seit langem barrierefrei ausbauen und weitgehend schon da durch sind mit Rolltreppen und Fahrstühlen und so. Also ich wollte nur sagen, das ist ja nicht so, dass wir jetzt bei null anfangen. Deshalb meine Frage zum öffentlichen Raum.

Da zeichnen sich für mich mehrere Sachen ab. Wir brauchen also gute Gehwege, getrennt, klare Trennung, also das ist ja so ein bisschen eine Zeitlang mal in geworden so Mischräume auch, wo alle Verkehrsteilnehmer aufeinander achten müssen. Aber ich höre immer wieder und habe das auch so wahrgenommen in der Expertinnenanhörung, dass getrennte, also klare Trennung, Gehwege getrennt von anderen Verkehrsmitteln, wichtig sind, ohne Stolperfallen und gut beleuchtet. Und, ja, Frau Rogalski-Beeck hatte das irgendwann mal gesagt, man hat dann irgendwann den Senior:innenblick, wenn man in die Senior:innenarbeit geht. Zu dem Thema gut beleuchtet, da ist mir das jetzt auch so zunehmend aufgefallen. Wir haben breitere Straßen, da ist so der ganz dunkle Gehweg, wenn ich jetzt auf der linken Seite gehe, links, dann kommen oft Bäume, sehr oft auch schöne hohe alte Bäume. Zwischen den Bäumen stehen dann die Lichtmasten und dann kommt die Fahrbahn. Und wohin zeigen die Lichtmasten, Peitschenmasten nennen die sich, glaube ich, so gewölbte, die zeigen auf die Autofahrbahn und der Gehweg jenseits der Bäume und der Lichtmasten ist dunkel.

Meine Frage ist, hat man sich im Bereich Verkehr da schon mal Gedanken gemacht, wie man unseren riesigen Bestand hier an Bestandsstraßen und mit wirklich oft ganz schlechter Beleuchtung gerade der Gehwegzonen ... Erstaunlicherweise, die Autos haben ja selbst Licht an Bord, und da wird es auch noch von oben gut ausgeleuchtet. Oder gerade in den Gehwegbereichen, wo man in der Regel ja nicht eine Lampe mit sich hat, da ist es so dunkel. Hat man sich da schon mal Gedanken gemacht, wie man da die Bestandsstraßen angeht?

Und dann noch so, das Gleiche gilt eigentlich ..., wir wissen ja seit längerem, wir haben ja dazu in der Bürgerschaft auch schon Anträge gestellt, dass Bänke wichtig sind, das Bänke-Programm. Toiletten und Trinkwasserbrunnen, zu Trinkwasserbrunnen haben wir ja auch schon Beschlüsse gefasst allgemein, dass wir also den Hitzeaktionsplan fördern und so. Ich glaube, da sind Trinkwasserstellen eine der zentralen Sachen. Das ist jetzt auch nicht was ganz Überraschendes. Die Frage ist, ob es da schon so Überlegungen gibt, ob und wann und in welchem Umfang bis wann man das machen kann, also Beleuchtung von Gehwegen, Bänke, Toiletten, Trinkwasserbrunnen an Gehwegen.

Und dann noch eine letzte Frage zu dem Komplex, dann höre ich auch auf. Das Gleiche gilt für die On-Demand-Dienste, die Ruffahrdienste. Da haben wir ja schon mehrere Experimente gehabt, sogar schon mit fahrerlosen, autonomen Fahrdiensten, laufen da schon, sind gelaufen in Bergedorf 2021 und in Harburg läuft jetzt was. Aber auch diese anderen noch mit Fahrer versehenen Rufdienste gibt es ja. Und da wissen wir ja, also unsere Digitalment:orinnen ... Das reicht natürlich nicht, wenn man als Senior und Seniorin

eine Einweisung und Unterstützung kriegt im Umgang meinetwegen mit Smartphone und Tablet, das führt nicht automatisch dazu, dass wir Senior:innen wie jüngere Menschen auch dann automatisch mit den Apps so umgehen können, sondern da ist es ganz wichtig, dass es Extrakurse gibt, wie man jetzt mit diesen Ruffahrdiensten umgeht, Extrakurse, Einweisungen, Hilfestellung, eventuell auch, was viel gefordert wird, eine telefonische Bestellung auch von solchen Fahrdiensten.

Bestehen da schon Überlegungen, ob so was geht und was man da machen will. Ja, das reicht erst mal. – Danke.

Vorsitzende: Das würde ich auch bestätigen, dass das erst mal reicht. Wollen Sie, Frau Senatorin, noch mal sammeln, oder?

(Senatorin Fegebank: Ja. Gern!)

Ja. Okay. Dann nehmen wir Frau Möller-Metzger noch mal dazu.

Abg. Christa Möller-Metzger: Ja. Auch von mir noch mal einen großen Dank an die Expertinnen und das passt auch ganz gut im Anschluss jetzt meine Fragen, weil ich auch erst mal Fragen habe in Sachen Verkehr.

Also ich fand es total spannend die Anhörung, weil die einfach aus den ..., die Expert:innen ja aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln gesprochen haben und ein ganz buntes Bild vom Alter gezeigt haben und das ist ja einfach auch so, Alter ist so divers wie nie zuvor und das ist ganz gut übergekommen. Ich finde es ganz großartig, dass wir hier heute zusammensitzen und so weit sind und einfach noch mal zeigen, dass wir den demografischen Wandel hier in Hamburg sehr ernst nehmen und gemeinsam dafür sorgen, dass Menschen in jedem Alter Teilhabemöglichkeiten haben. Und die älteren Menschen von heute sind eben nicht mehr die von vor 20 Jahren, die sind einfach ..., die wollen heute mobil sein, wollen andere Menschen treffen und das ist ja auch gut so, das weiß man ja, weil das ja einhergeht auch mit größerer Gesundheit, und zwar sowohl physisch als auch psychisch und größerem Wohlbefinden.

Meine konkrete Frage jetzt, also insbesondere Herr Becker hat ja betont, dass eine altersfreundliche Stadt eben Gehwege braucht ohne Stolperfallen, das war ja eben auch schon das Thema. Die Wege müssten ausreichend breit sein, brauchen Bänke, und ganz wichtig eben auch die Trennung vom Radverkehr und auch, was immer wieder ja kommt, sind die E-Roller, die im Weg rumliegen und die dann nicht weggestellt werden. Und da wünschen sich ja auch viele Ältere, dass da vielleicht ein bisschen mehr geguckt wird und dass es da einfach Regeln gibt. Ein Problem für viele ist ja auch die fehlende Rücksichtnahme, die Ältere gar nicht mehr sehen. Also wie kommen wir dem Ziel einer guten Mobilität auch jetzt für Ältere in Hamburg näher?

Das Thema Beleuchtung ist eben auch schon angesprochen. Es gibt ja zum Beispiel diese Lampen, die gleichzeitig die Fußwege und die Fahrbahn beleuchten. Also haben wir das schon in größerem Umfang in Hamburg? Ist das geplant, das auch in Zukunft mehr einzusetzen? Das würde ja ..., also es ist ja notwendig, die Straße zu beleuchten, das ist ja von der Straßenverkehrsordnung her auch so festgelegt, aber es wäre ja schön, wenn gleichzeitig dann auch der Fußweg beleuchtet wird.

Und dann auch noch mal die Frage Toiletten. Gibt es da Überlegungen, dass die in Verbindung mit U-Bahn-Stationen zum Beispiel verstärkt gebaut werden und vielleicht auch in Kombination mit dem Konzept der netten Toilette, dass das eben an U-Bahn-Stationen oder überhaupt an Stationen eingesetzt wird. Also erst mal jetzt zu dem Thema meine Fragen. – Danke.

Vorsitzende: So. Vielen Dank, Frau Möller-Metzger. Sollen wir noch Herrn Celik dazunehmen oder zu den Verkehrs... Dann nehmen wir ... Ja.

Abg. Deniz Celik: Ja. Ganz schön sportlich, ja, vielen Dank. Ja. Ich möchte einmal das Thema Altersarmut noch mal ansprechen, das haben Sie ja in Ihrem Eingangsstatement auch gestreift, Frau Senatorin. Wir haben ja auch Zahlen präsentiert bekommen, also wir haben über 31 000 Menschen, die von Grundsicherung im Alter leben, und 75 Prozent der Rentnerinnen und Rentner beziehen eine Rente von unter 1 400 Euro laut den Darstellungen. Und wenn wir über Teilhabe sprechen, es wurden ja auch ganz konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, was man machen kann, um auch die Teilhabe von Menschen, die von Altersarmut betroffen sind, sicherzustellen. Darauf sind Sie jetzt in Ihrem Eingangsstatement nicht eingegangen, aber ich möchte zwei Beispiele nennen.

Zum Beispiel hat Mecklenburg-Vorpommern ein 29-Euro-Ticket eingeführt für alle Seniorinnen und Senioren. Ich meine, Mobilität gehört zur Teilhabe dazu. Und wenn man eine Rente unter 1 400 Euro bezieht, dann sind 49 Euro eine enorme finanzielle Belastung. Und wenn Mecklenburg-Vorpommern in dem Bereich so was umsetzen kann, warum kann es eine reiche Stadt wie Hamburg nicht. Und ein anderes Beispiel, in Bremen gibt es die Bremen..., wie heißt das, die Bremen-Karte, also eine Teilhabekarte, BremenCARD heißt das, glaube ich, für Menschen, die Transferbezieherinnen sind, damit sie zum Beispiel Kultureinrichtungen zu vergünstigten Preisen besuchen können, Theater, Museen für 3 Euro zum Beispiel, und auch den ÖPNV günstiger nutzen können. Auch das wäre zum Beispiel eine Maßnahme, um die Teilhabe von Menschen, die von Altersarmut betroffen sind, sicherzustellen. Also man könnte ja auch eine Hamburg-Karte einführen für ältere Menschen, damit sie kostengünstig alle möglichen kulturellen Einrichtungen besuchen können, Museen, Theater und so weiter. Das setzt auch Bremen um. Ich finde, Hamburg ist im Vergleich zu anderen Städten in dem Bereich ..., macht viel zu wenig. Und die könnte man jetzt auch als Beispiele nehmen, um tatsächlich Maßnahmen zu ergreifen, um die Teilhabe aller älteren Menschen in der Stadt sicherzustellen.

Ein weiterer Punkt war auch, dass man zentrale Anlaufstellen schafft in den Quartieren, zum Beispiel Quartierszentren wurde als Vorschlag genannt, wo zum Beispiel alle Beratungs- und Unterstützungsleistungen in dieser zentralen Anlaufstelle aus einem Guss für alle bedürftigen Menschen angeboten werden, was weiß ich, Pflegestützpunkt, Beratung bei der Beziehung von Grundsicherung im Alter oder Pflege ..., Pflege hatte ich, Wohngeld-Plus und so weiter und so fort. Das könnte man wirklich schaffen in Hamburg überall in den Quartieren zentrale Anlaufstellen. Wie stehen Sie zu diesem Vorschlag?

Ich habe noch andere Themen, aber die mache ich dann in der zweiten Runde.

Vorsitzende: Ja. Vielen Dank. Dann gebe ich das Wort jetzt an den Senat.

Senatorin Fegebank: Ja. Okay. Vielen Dank. Wir arbeiten uns mal langsam vor und starten vielleicht in der ersten Runde mit dem großen Komplex verschiedener Mobilitätsthemen. Ich gucke mal zu den Kollegen rüber, ob Frau Wesche oder Herr Rosse oder Frau Eifferding starten möchte vielleicht zu den Fragen, die adressiert wurden, Gehwege, Beleuchtung, On-Demand-Dienste. Das Thema Bänke, Toiletten, Trinkwasser ist, glaube ich, eines, was wir ein bisschen rausziehen müssen, weil es keine originären Mobilitätsthemen sind. Dazu versuche ich gleich, sofern möglich, was zu sagen, sonst geben wir da aktuelle Stände gern zu Protokoll, und dann kommen wir zu den anderen Themen.

Frau Wesche: Ja. Herzlichen Dank. Ja. Wir befassen uns in der BVM natürlich mit vielen Facetten der Mobilität für alle Nutzerinnen, die in Hamburg da sind. Insofern begrüßen wir

auch sehr die Expertenanhörung zur altersgerechten Stadt. Unser Ziel ist es ja auch, die Mobilitätswende für alle zu ermöglichen. Daraus folgt natürlich auch, dass wir die Nutzer:innenperspektive viel stärker mit in den Fokus nehmen, auch das hat sich sicherlich in den letzten Jahren noch mal sehr viel verbessert. Wir haben ja auch von Ihnen immerhin gehört, dass wir in einigen Bereichen da schon Fortschritte gemacht haben. Wir müssen auch, und das haben wir uns auch auf die Fahnen geschrieben, in unsere Entscheidungsprozesse die Nutzer:innenperspektive viel stärker mit in den Fokus nehmen, in die Entscheidungsprozesse, die bei uns vorliegen.

Wir haben in diesem Zusammenhang natürlich Herausforderungen im ÖPNV, im Rad- und in dem Fußverkehr. Wir wissen, dass eigentlich ungefähr ein Drittel aller Hamburger:innen ständig mobilitätseingeschränkt ist in ganz unterschiedlichen Lebensphasen. Insofern ist das so und so ein Thema, was für uns sehr wichtig ist. Bei der Alterseinschränkung ist das sicherlich ..., gibt es da ganz besondere Herausforderungen, insbesondere weil bei Alterseinschränkungen oder altersbedingten Mobilitätseinschränkungen die Menschen aus möglicherweise keinen Einschränkungen kommen, das heißt, es gibt da auch noch mal ganz andere Anforderungen und Erwartungen möglicherweise. Wir fokussieren uns da auf die Themen Sicherheitsempfinden. Das ist ja auch in der Anhörung herausgekommen, das Sicherheitsempfinden. Das subjektive Sicherheitsempfinden im Alter ist ein anderes als in jungen Jahren, das kennen wir alle auch schon. Das ist ein wichtiges Thema, was gerade die Sicherheit im ÖPNV betrifft, die Barrierefreiheit und natürlich gibt es daraus jede Menge Folgen für die Fragen, die wir bei uns zu behandeln haben.

Ich fokussiere mich jetzt hier gerade für den Bereich ÖPNV und On-Demand-Verkehre. Bei den Fragen, die Sie gestellt haben, Frau Schlage, in Bezug auf die telefonische Erreichbarkeit von On-Demand-Verkehren, das ist bei einigen On-Demand-Verkehren ja gegeben, insbesondere bei den Verkehren im Randbereich, sagen wir es mal so. Oder insbesondere bei hvv hop in Harburg und in den anderen Bereichen gibt es eine telefonische Rufbereitschaft sozusagen oder eine telefonische Erreichbarkeit. Bei dem On-Demand-Verkehr oder On-Demand-Service MOIA ist das nicht der Fall beziehungsweise nur eingeschränkt der Fall. Das heißt, man kann dort nicht anrufen und dann kommt ein On-Demand-Dienst vorbei. Da muss man vielleicht auch einmal sehen, On-Demand-Verkehre sind erst mal per se keine Taxen. On-Demand-Verkehre sind Bereiche im ÖPNV, das heißt, so wie er jetzt aufgestellt ist, sind es Bereiche. Wir haben zwölf virtuelle Haltepunkte. Natürlich ist es eine Herausforderung für Menschen, die keinen geübten Umgang sozusagen mit dem Smartphone haben, diese On-Demand-Dienste in Anspruch zu nehmen. Aber es ist sozusagen erstens das Geschäftsmodell und zweitens, es ist aber auch die Konzeption, die dahintersteht. Das heißt, wir können diesen Service der Stadt nur unterstützen, weil es tatsächlich so ein betriebskostengünstigeres Konzept ist, was dahintersteht.

Ob es jetzt in dem Bereich Nutzung der On-Demand-Services, Sie hatten es angesprochen, Frau Schlage, möglicherweise so etwas gibt, wie Smartphone-Schulungen für diese speziellen Dienste, da muss ich gleich mal zur Seite gucken, ich glaube, das gibt es nicht. Es gibt ja tatsächlich vom hvv Mobilitätsberater im Seniorenbereich, die tatsächlich zu Fragen, wie komme ich von A nach B, wie benutze ich Rollstuhlpläne und so weiter, beraten. Ich glaube, für den On-Demand-Bereich gibt es das nicht, wir nehmen das aber gern mal mit als Anregung, dass zu ..., ob man das nicht besser machen kann. Allerdings, eine telefonische Bestellung in dem Sinne wie bei einem Taxi wird es kurzfristig oder auch mittelfristig nicht geben in der Form.

Zu den E-Rollern im öffentlichen Raum. Als die E-Roller eingeführt worden sind, das ist ja tatsächlich auch ein bisschen experimentell gewesen, war nicht ganz klar, wie sich das alles entwickeln würde. Wir sind auch noch nicht ganz so überzeugt, dass das einen sehr guten Beitrag zum Umweltverbund leisten wird, die Themen, die E-Roller jetzt gerade in

der Stadt mit den Behinderungen vorsehen. Es ist schon so, wir hatten in den letzten Jahren einige Beschwerden, die sind aber zurückgegangen. Wir haben mit den E-Roller-Anbietern eine freiwillige Vereinbarung getroffen und sehen da schon merklich, dass da die Beschwerden auf jeden Fall zurückgehen. Wir erarbeiten zurzeit ein Konzept, inwiefern wir Parkzonen oder Abstellzonen bereitstellen können beziehungsweise die Anbieter dazu verpflichten können, das vorzusehen, damit tatsächlich der Wildwuchs im öffentlichen Raum aufhört. Da sind wir gerade dabei, das mit den Unternehmen, aber auch aus rechtlicher Sicht, zu prüfen, inwiefern man dieser Form ein bisschen Herr werden kann, weil wir auch sehen, dass das insbesondere im öffentlichen Raum für alle, aber natürlich insbesondere für mobilitätseingeschränkte Personen oder auch für sehbehinderte Personen, ein großes Problem darstellt.

Mit Blick auf das 29-Euro-Ticket. Wir haben ja jetzt seit Mai das 49-Euro-Ticket deutschlandweit. Das ist für viele, viele Hamburgerinnen und Hamburger eine sehr große Erleichterung, insbesondere im Abo-Bereich, weil wir dort viele Abo-Zahlen ..., also viele Personen zahlen weniger als die Hälfte als sie vorher gezahlt haben. Es gibt die Diskussion zum ehemaligen Drei-Zonen-Ticket, das ehemalige Drei-Zonen-Ticket im Teilzeitbereich, was ein bisschen günstiger war. Wir sind da im Gespräch tatsächlich, was man den Personen anbieten kann. Wir hatten einen Bestandschutz für das Drei-Zonen-Teilzeitticket bis Ende August. Man muss aber auch dazu sagen, dass die Kosten natürlich auch im Blick behalten werden müssen. Wir haben in anderen Bereichen ..., planen wir gerade Vergünstigungen insbesondere, was die Schülertickets betrifft. Da sollte es ja ab August nächsten Jahres das Schülerticket null geben. Wir haben im Bereich für Menschen mit Leistungsbezug gute Angebote für 19 Euro und so weiter. Das heißt also, viele Seniorinnen, die diese Voraussetzungen erfüllen, können natürlich in diesem Bereich noch günstiger als für 29 Euro fahren.

(Abg. Deniz Celik: Günstiger als 49!)

– Günstiger als 49, genau, natürlich, günstiger als 49, das heißt, sie zahlen dann 19 Euro, wenn sie die Voraussetzungen erfüllen. Und insofern sind das schon Ansätze, die wir eigentlich sehr gut finden. Ja. Ich glaube, so viel erst mal zum ÖPNV und dann würde ich erst mal an dich weiter ...

Herr Rosse: Ich möchte noch einmal ergänzen zum On-Demand-Angebot MOIA. Es gibt, nur fürs Protokoll, 12 000 Haltepunkte MOIA, du hattest 12 versehentlich gesagt.

(Abg. Britta Schlage: Ich habe mich schon gewundert! – Danke!)

Frau Wesche: Ach, Entschuldigung, natürlich.

Herr Rosse: Es sind 12 000 Haltepunkte.

Frau Wesche: 12 Haltepunkte wären relativ wenig. Also 12 000 Haltepunkte. – Danke.

Senatorin Fegebank: So. Dann Gehwege, ja? Super.

Frau Dr. Elfferding: Ja. Genau, ich übernehme gern für den öffentlichen Raum, für den Fußverkehr und ich muss sagen, ich freue mich besonders, dass der Fußverkehr jetzt über dieses Thema noch weitere Aufmerksamkeit findet, noch weiteren Rückenwind. Sie wissen alle, dass der Fußverkehr in den letzten vergangenen Jahrzehnten eigentlich immer nur so ein bisschen eine Randgröße war und auch nicht nur in Hamburg, sondern deutschlandweit, ich möchte sagen europaweit, jetzt erst in den Fokus rückt. Entsprechend groß ist natürlich auch der Aufholbedarf, den wir haben, das wissen wir alle, sobald wir uns draußen auf den Straßen bewegen, sehen wir das, die Defizite sind sehr groß.

Wir sind derzeit dabei, eine Fußverkehrsstrategie auszuarbeiten, wo wir dann eben gucken wollen, was sind die nächsten Themen der Zukunft, damit wir da auch wirklich dann gebündelt und mit viel Erfolg auch für die Menschen in der Stadt, ja, Schwerpunkte setzen können. Der Prozess hat allerdings auch erst angefangen, es gibt seit anderthalb Jahren eine Stelle, die sich nur mit Fußverkehr befasst in der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende. Auch das ist eine große Neuerung. Fußverkehr liegt eigentlich bei den Bezirken und insofern sieht man auch daran schon, dass sich der Stellenwert geändert hat. Und erstmals haben wir eben auch ein Bündnis für den Rad- und Fußverkehr, das heißt, die ersten Fußverkehrsthemen sind jetzt auch schon in diesem Bündnis vertreten. Natürlich, es sind im Vergleich zum Radverkehr noch wenige, aber wie gesagt, wir stehen auch noch ganz am Anfang. Und ich denke auch, die Fußverkehrsstrategie wird darauf einzahlen, wie es sich dann später weiterentwickelt.

Sie hatten das Thema öffentliche Beleuchtung angesprochen. Dazu möchte ich auch noch ein paar Worte sagen. Auch das ist natürlich eine Mammutaufgabe. Es ist eine sehr, sehr große Infrastruktur, zumal wenn man an die ganze unterirdische Infrastruktur denkt, die auch noch mit dabei ist. Denn die ganzen Leitungen gehören ja mit dazu. Es ist auch sehr teuer, die Leuchtmittel. Und bisher war eben die Philosophie, dass man die Stellen beleuchtet, wo die größte Unfallgefahr ist im Sinne von, da entstehen die schlimmsten Personenschäden, und das sind nun einmal die Fahrbahnen. Wenn zum Beispiel jemand kreuzt, eine Fahrbahn kreuzt, selbst wenn das Fahrzeug Licht hat ... Es ist immer noch einfacher, jemanden zu sehen, der kreuzt, der weiter entfernt ist, wenn es eben diese Beleuchtung gibt. So. Das war die Philosophie bisher.

Uns ist bewusst, dass das Thema wichtig ist. Es ist auch natürlich hier jetzt nicht das erste Mal, dass wir hören, dass es da den Bedarf gibt. Aber haben Sie ein wenig Geduld mit uns, das ist wirklich ein sehr, sehr großes Fass und auch ein sehr teures Fass, das wir da aufmachen müssen.

Sie hatten auch angesprochen das Thema Bänke, das Thema Trinkbrunnen, das Thema, ja, Toiletten, das möchte ich einmal zusammenfassen zu dem Thema Aufenthaltsqualität. Auch Aufenthaltsqualität ist für uns eben sehr, sehr wichtig. Fußverkehr ist nicht nur die Bewegung von A nach B oder die Bewegung zu irgendwelchen anderen Verkehrsmitteln, denn auch das ist ein wichtiger Punkt aus unserer Sicht. Fußverkehr ist ein eigenständiges Verkehrsmittel, es ist nicht, wie man bisher häufig dachte, so, ja, das funktioniert schon und die Menschen gehen eh zu Fuß, nein, der Fußverkehr ist wichtig für den ÖPNV. Man geht aber auch zu Fuß zu seinem Auto, zu seinem Fahrrad, also für alle Verkehrsmittel ist im Endeffekt der Fußverkehr ein Schlüssel. Und andererseits ist eben auch die Aufenthaltsqualität wichtig, denn das macht unsere Stadt lebenswert. Wir sehen ja immer wieder, wo Menschen sind, kommen gern andere Menschen auch hinzu, da bilden sich dann lebhaftere Quartiere, und auch das finden wir ein wichtiges Thema. Aber wie gesagt, wir stehen mit dem Thema Fußverkehr noch am Anfang.

Senatorin Fegebank: Haben Sie noch weitere offene Punkte? Ich glaube nicht. Ich habe hier auch fleißig abgehakt. Das Thema Rücksichtnahme habe ich noch bei mir, das ist aber natürlich ein sehr weites Feld. Vielleicht können Sie da noch aus den Aktivitäten der BVM erläutern, ob es jenseits der Programme, die ja auch in der Innenbehörde gestartet wurden, "Gib Acht!" oder "Wir achten auf einander", ich habe den genauen Slogan nicht mehr im Kopf, aber wie dort das Thema Rücksichtnahme der verschiedenen Verkehrsteilnehmer auch adressiert wird bei Ihnen.

Frau Dr. Elfferding: Genau. Das war tatsächlich die Kampagne „Hamburg gibt Acht!“ und es gibt immer noch das Forum Verkehrssicherheit, das liegt, wie Sie richtig gesagt haben, bei der Innenbehörde. Da sind wir natürlich auch vertreten, da gibt es dann auch

verschiedene Arbeitskreise, in denen wir sind zum Fußverkehr, zum Radverkehr, aber das ist natürlich im Endeffekt ein Thema der Innenbehörde, dazu möchte ich mich jetzt auch gar nicht so weit aus dem Fenster lehnen.

Senatorin Fegebank: Okay. Dann würde ich vorschlagen, dass wir einmal, Herr Kellerhoff, weitermachen mit dem Thema Teilhabekarte. Das ist ja auch kein neues Thema, sondern eines, von dem ich weiß noch aus meiner früheren parlamentarischen Tätigkeit, dass das schon eines ist, das es auch seit vielen Jahren schon gibt.

Herr Kellerhof: Ja. Zur Frage der Möglichkeit der finanziellen Unterstützung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben durch ältere Menschen in Hamburg, ist ja die Grundorientierung der Sozialbehörde, dass sich die finanzielle Möglichkeit zur Teilhabe im Wesentlichen auf der Einkommenseite natürlich in der Rentenpolitik und dann in den Regelsätzen der Grundsicherung im Alter widerspiegeln muss. Ich will das nur noch einmal erwähnen, dass wir sehr darauf Wert legen, dass dieser Bedarf sich eben auch in der Entwicklung der Regelsätze und den entsprechenden Regelungen widerspiegelt. Und da hat es ja gerade in diesem Jahr auch einen erheblichen Sprung in den Regelsätzen, eine Erhöhung gegeben, ganz zusätzlich zu den einmaligen Leistungen, die besonders natürlich in Sachen Energiekosten et cetera im letzten und in diesem Jahr umgesetzt worden sind bundesweit und in Hamburg. Und die Sozialbehörde nimmt an der Stelle, wo sie einmalige und eigene Beträge hat, auch die Verantwortung wahr, diese regelmäßig zu überprüfen und auch mit dem Bedarf von älteren Menschen im Kopf. Dies nur mal sozusagen zur Grundausrichtung.

Und das führt auch dazu, dass wir im Moment keine Planungen für eine spezifische Teilhabekarte haben, sondern sehr viel Wert darauf legen, über die Angebote in Hamburg zu informieren, die kostenlos oder für wenig Geld gerade auch im kulturellen Bereich zur Verfügung stehen und die einen erheblichen Beitrag dazu leisten, dass man am kulturellen, gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann, ohne ..., also entweder wirklich kostenlos oder ohne Einsatz von größeren Geldbeträgen. Und dies zusammengenommen führt die Sozialbehörde zu der Überlegung, dass wir im Moment keine spezifische Teilhabekarte in der Planung haben.

Senatorin Fegebank: So. Dann fiel mir noch ein weiterer Punkt ein, der, glaube ich, ausstehend noch ist von der Frage von Frau Möller-Metzger und das ist die Frage Koppelung Toiletten an U- beziehungsweise S-Bahn-Haltestellen. Ob es da irgendwelche Überlegungen gibt beziehungsweise Pläne, sei es von HOCHBAHN oder Deutscher Bahn, das, ja, auch stärker zu forcieren.

Herr Rosse: Also mir sind keine Pläne der Verkehrsunternehmen Deutsche Bahn oder HOCHBAHN bekannt, in nächster Zeit öffentliche Toiletten in den Verkehrsstationen einzurichten. Die mögliche Einrichtung von öffentlichen Toiletten in Umfeldern der U-Bahn-Haltestellen liegt in den Bereichen der Umweltbehörde, insofern sind wir da nicht aussagekräftig, aussagefähig.

Senatorin Fegebank: So. Dann müsste ich noch einmal fragen, Herr Celik, ich hatte nur das Stichwort zentrale Anlaufstelle aufgeschrieben. Können Sie noch mal ein, zwei Sätze sagen, was damit gemeint war.

Abg. Deniz Celik: Ja. Mit der zentralen Anlaufstelle, ja, das war ja auch in der Expertinnenanhörung ein Thema. Also zum Beispiel, indem man Quartierszentren schafft oder eine Anlaufstelle in den Quartieren, wo zum Beispiel Beratungs- und Unterstützungsleistungen, sei es jetzt Wohngeld-Plus, Pflegestützpunkt oder auch Grundsicherung im Alter, dass alles an einem Ort gebündelt den Menschen zur Verfügung

gestellt wird, also die Beratungs- und Unterstützungsangebote. Wie verhalten Sie sich zu diesem Vorschlag, wäre das etwas, was man auch mal im Aktionsplan mit berücksichtigt?

Senatorin Fegebank: Ja. Ich glaube, dafür müsste man einmal gucken, was wir alles schon haben. Ich bin gar kein Fan davon, wie, glaube ich, viele, jetzt Doppelstrukturen zu schaffen, nur um eine Überschrift noch mal an irgendeinem Gebäude oder Quartierszentrum zu haben, sowohl Pflegestützpunkte ... Wir haben Dienstleistungszentren, wo genau auch solche Beratungsleistungen stattfinden. Und mein Eindruck ist, dass zunehmend mehr in den letzten Jahren auch durch eine, ja, starke Sensibilisierung auf den verschiedenen Ebenen im bezirklichen Kontext, aber sicherlich auch auf Landesebene, das Thema, wie entwickeln sich eigentlich Quartiere und wer ist alles beteiligt, wer macht mit, also nichts über uns ohne uns, dass in der Frage neue Quartiersentwicklung auch das Thema ältere Menschen, Seniorinnen, Senioren immer auch eine Rolle spielt und da automatisch auch genau diese Angebote mitgedacht werden.

Und deshalb weiß ich nicht, wo es da jetzt einen zusätzlichen Bedarf jenseits bestehender Strukturen, die sich ja stetig ausweiten, aber vor allem stetig auch an die sich wandelnden, ja, gesellschaftlichen Voraussetzungen ... Das Thema Vielfalt ist jetzt hier verschiedentlich angeklungen, das ist eine sehr heterogene Gruppe der Personen Ü60 mit ganz unterschiedlichen Bedürfnissen, Erwartungen an Verwaltung, Politik, aber vielleicht auch an ihre Nachbarschaft mit den unterschiedlichsten Hintergründen, dass da vor allem die Frage von Vielfalt ja natürlich auch abgebildet sein muss. Und mein Eindruck ist, dass das sowohl in der Stadtentwicklung stark verankert ist, aber auch in den bestehenden Strukturen von offener Seniorinnenarbeit über die Frage Ausrichtung Pflegestützpunkte bis hin zu den, ja, Anlaufstellen und Beratungen, die es bisher schon gibt.

So. Ich glaube, wir haben jetzt im ersten Durchlauf zumindest alles einmal gestreift. Vielleicht kann das ja gleich noch vertieft werden in den Fragen.

Vorsitzende: Ja. Vielen Dank. Jetzt bekommt das Wort Herr Grutzeck und danach Frau Möller-Metzger, Herr Celik, Frau Schlage und Frau Jäck. Wir machen weiter mit Herrn Grutzeck jetzt.

Abg. Andreas Grutzeck: Ja. Ich bleibe vielleicht gleich noch mal beim Thema Quartiere. Gibt es denn überhaupt so etwas wie seniorengerechte Quartiere, die explizit so auch schon ausgewiesen sind und wenn ja, wo wären die? Weil, da ist ja im Moment sicherlich für sich jede einzelne Maßnahme ganz sinnvoll, aber es bleibt halt irgendwie auch ein bisschen Stückwerk und es wäre ja vielleicht doch wünschenswert, und das ist ja auch in der Anhörung angeklungen, da mehr konzeptionell noch mal ranzugehen an das Thema.

Und das führt mich dann auch dazu, was eigentlich dieses Programm Age-friendly City ..., ob es da in den nächsten fünf Jahren eigentlich besondere Geldmittel gibt, die von Ihnen verbraten werden können.

Und vielleicht der letzte Punkt geht auch so ein bisschen in die Richtung, die Weiterentwicklung der offenen Seniorenarbeit hin zu, sage ich mal, professionellerer Unterstützung. Wie weit ist das? Wir haben ja da auch ein paar Anträge in der Bürgerschaft gestellt und auch teilweise beschlossen. Gibt es das? Und wie steht eigentlich Ihre Behörde zu dem Münchener Modell so doch etwas umfassendere Seniorenzentren einzurichten, die eben doch sehr viel mehr dann machen als die offene Seniorenarbeit, sondern die auch Beratungen machen in vielfältiger Form und so weiter.

Vorsitzende: Ja. Vielen Dank. Frau Möller-Metzger.

Abg. Christa Möller-Metzger: Ja. Ich habe nur eine Nachfrage an die BVM, da hatte ich noch gefragt nach den Lampen, die in beide Richtungen zeigen, ob da konkret was geplant ist.

Ja, dann hat Frau Neitmann ja für gemeinschaftliche Wohnformen geworben und auch den Hitzeschutz thematisiert. Und wie kann Hamburg da jetzt die richtigen Weichen stellen, dass sich also vielfältige Wohnformen umsetzen lassen. Zum Beispiel gibt es ja schon dieses deutsch-türkische Wohnprojekt in Neue Mitte Altona, aber das steht ja noch ziemlich allein da. Aber auch generationsübergreifende Wohnformen, wie lassen sich die besser verwirklichen als bisher, weil die ja auch immer wieder gewünscht werden. Und wie werden der geplante Hitzeaktionsplan und der Aktionsplan für Altersfreundlichkeit verschränkt miteinander? Gibt es da schon Überlegungen?

Und zum Wohnungstausch noch. Gibt es da schon ganz konkrete Pläne für mehr Unterstützung. Also es reicht ja im Prinzip nicht, immer zu sagen, also, ja, wir setzen auf Wohnungstausch und wollen das gern. Also wahrscheinlich müsste man ja viel mehr Unterstützung anbieten. Also das fängt ja schon beim Aussortieren an und Wohnung suchen und Planen und Packen und Umzug. Also das müsste ja ganz neu eigentlich gedacht werden.

Und dann noch mal eine Frage, die sich auf Frau Voelcker bezieht. Frau Voelcker hat ja die Prozesse beschrieben, die Age-friendly Cities weltweit durchlaufen. Ohne offiziell bisher Mitglied im Netzwerk zu sein, erarbeitet Hamburg ja jetzt diesen wunderbaren Aktionsplan und mein Eindruck ist, dass Hamburg da schon ganz viele Kriterien im Sinne des Age-friendly-City-Netzwerkes immer besser auch erfüllt. Und es handelt sich ja sowieso um einen kontinuierlichen Prozess, das haben wir ja auch noch mal gehört in der Anhörung. Und es fehlt uns ja eigentlich nur noch der Brief des Bürgermeisters an die Weltgesundheitsorganisation, dass wir Mitglied werden, und das Commitment dazu gibt es ja schon vom Bürgermeister. Das hat er ja auch schon gesagt in der Bürgerschaft. Wäre die Mitgliedschaft im Netzwerk da jetzt nicht der nächste logische Schritt? Münster und Stuttgart haben sich ja jetzt auch schon auf den Weg gemacht und andere sind kurz davor. Also wie sieht es da in Hamburg aus? Gibt es da jetzt schon konkrete Überlegungen? – Danke.

Vorsitzende: So, vielen Dank. Ich gebe das Wort an Frau Jäck, weil sie sich jetzt zum ersten Mal meldet, und dann ist Herr Celik dran.

Abg. Regina-Elisabeth Jäck: Ja, vielen Dank. Es geht um eine konzeptionelle Frage. Das haltt so. Kann man mich verstehen? Jetzt ist besser. Es geht um eine konzeptionelle Frage. Die Barrierefreiheit steht jetzt hier in unseren Diskussionen immer wieder an erster Stelle, um Teilhabe zu ermöglichen, und da haben wir ja eine Schnittstelle zu dem Thema Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, wo ja auch die Seniorinnen und Senioren mit definiert sind, und es gibt in Hamburg ja seit 2012 einen Landesaktionsplan, der sukzessive umgesetzt wird und ein Arbeitsplan ist, der die Voraussetzungen schaffen soll, eben mit Herstellung der Barrierefreiheit die Teilhabe von Menschen mit Behinderung und wie gesagt auch von Seniorinnen und Senioren sicherzustellen. Und meine Frage ist jetzt, ob senatsseitig jetzt schon mitgedacht ist, hier die Erkenntnisse, die wir bereits aus diesem langen Prozess haben, hier mit einzubinden. Wir haben ja durch alle Politikfelder Maßnahmen dekliniert in diesem Landesaktionsplan und die dritte Evaluierung ist ja auch schon bereits passiert und meines Wissens soll das jetzt ja auch in die Behördenabstimmung im November gehen. Ja, also Frage ist, kann das mit eingebunden werden. Wie sehen Sie das? Ist das sinnvoll? – Vielen Dank.

Vorsitzende: Sollen wir noch weiter sammeln oder ... Einen noch. Herr Celik bitte.

Abg. Deniz Celik: Ja, ich muss noch mal zu dem Thema Altersarmut, soziale Teilhabe kommen. Also ich habe ja in meinem ersten Wortbeitrag gesagt, wenn man vergleicht jetzt Hamburg mit anderen Städten, dass andere Städte, sei es jetzt mit einer Teilhabekarte oder Mecklenburg-Vorpommern mit 29-Euro-Seniorenticket, Maßnahmen ergreifen, um die Teilhabe von allen älteren Menschen zu ermöglichen, insbesondere auch von Armut betroffenen, und wenn Sie jetzt auf die Regelsätze verweisen, alle Sozialverbände, Wohlfahrtsverbände weisen darauf hin, dass die Regelsätze vorn und hinten nicht ausreichen und dass sie eher Armut verfestigen. Und dann gibt es auch noch die Menschen, die knapp über dem Regelsatz stehen, die haben gar keinen Anspruch auf Grundsicherung, weil ihre Rente knapp drüber ist, und auch die sind aber von der Teilhabe ja mehr oder weniger aus finanziellen Gründen ausgegrenzt, und wenn ich dann zu dem Ergebnis komme – München zum Beispiel wäre noch ein Beispiel, was 250 Euro Ortszuschlag zusätzlich auszahlt an alle Menschen, die Grundsicherung im Alter beziehen –, und wenn ich dann zu dem Ergebnis komme, dass Hamburg, die reiche Stadt Hamburg, verglichen mit den anderen Städten deutlich zurückfällt ... und noch ein Beispiel vielleicht, die Stadt München stellt 400 000 Euro für ein Seniorenzentrum zur Verfügung, verglichen mit den Seniorentreffs sind das ganz andere Dimensionen, und da würde ich gern eine Stellungnahme von Ihnen, Frau Fegebank, hören und nicht ... Ja, und ich finde es ernüchternd, dass Sie dazu nichts sagen. Also ich würde von Ihnen gern hören, ob Sie das anders sehen, ob Hamburg im Vergleich doch Maßnahmen ergreift. Dann müssten Sie die darstellen, aber, wie gesagt, ich komme zu dem Ergebnis, dass wir weit, weit zurückfallen und das ist wirklich eigentlich ein Armutszeugnis für so eine Stadt wie Hamburg.

Aber ich komme zu meinen anderen Teilbereichen, ja zum einen zentrale Anlaufstelle. Da kriegen wir immer wieder die Rückmeldung, dass viele Leute über ihre Ansprüche nicht Bescheid wissen. Zum Beispiel Wohngeld-Plus wissen viele Menschen nicht Bescheid, dass sie einen Anspruch haben. Die Beratungslandschaft ist sehr zerfasert und zergliedert und viele Menschen wissen nicht, wohin sie sich wenden sollen, und deshalb ist es von großer Bedeutung, dass es eine zentrale Anlaufstelle gibt. Wir haben auch in der Expertenanhörung gehört, dass Menschen sogar aus Scham nicht ihre gesetzlichen Ansprüche wahrnehmen und von daher muss man auch in dem Bereich Barrieren abbauen. Deshalb finde ich es wichtig, dass es zentrale Anlaufstellen gibt oder sogar aufsuchende Angebote.

Dann ist es so, komme ich noch mal zum Thema Pflege. Was da zum Beispiel Herr Wohlfahrt geschildert hat, das ist ja dramatisch, die Situation in Hamburg. Also wenn da berichtet wird, dass zum Beispiel im ambulanten Pflegebereich keine examinierten Pflegekräfte mehr zum Einsatz kommen, weil sie einfach nicht das Personal haben und ungelernete Kräfte unterwegs sind, dann finde ich das erschreckend, weil, nach meiner Vorstellung muss doch der Anspruch sein, dass man wirklich auch Fachkräfte zu den Menschen schickt und nicht ungelernete Kräfte. Und dann hat auch Herr Wohlfahrt darüber berichtet, dass zum Beispiel die Kappung der Eigenanteile in Wohngemeinschaften nicht gilt. Das bedeutet, dass viele Menschen, die zum Beispiel auf die Leistungen angewiesen sind oder auch auf staatliche Hilfen, immer weniger selbstbestimmt zum Beispiel darüber entscheiden können, ob sie in einer Wohngemeinschaft leben. Die kommen dann eher dann in eine stationäre Pflegeeinrichtung. Das hat ja Herr Wohlfahrt auch gesagt, dass immer mehr Selbstzahler dann in diesen Wohngemeinschaften leben könnten, und das wäre eine Zweiklassenpflege. Darauf steuern wir hin. Und von daher wäre noch mal meine Frage, wenn wir von einer altersgerechten Stadt sprechen, müssen wir auch darüber sprechen, wie wir gute Pflege für alle älteren Menschen oder für die pflegebedürftigen Menschen sicherstellen. Was gedenkt der Senat, gegen diese erschreckende Entwicklung zu unternehmen?

Dann wäre eine Frage, ...

Vorsitzende: Wollen wir hier ganz kurz ...

Abg. Deniz Celik: Eine letzte, das ist eine kurze Frage.

Vorsitzende: Okay.

Abg. Deniz Celik: ... ob die Stadt Hamburg auch überlegt, dem Netzwerk Age-friendly Cities beizutreten, und wenn nein, warum nicht.

Vorsitzende: Ich glaube, das wurde eigentlich, diese Fragen und zu der Frage Pflege würde ich auch jetzt sagen als Vorsitzende, dass es eigentlich nicht unseren Ausschuss betrifft, Herr Celik, aber ich weiß nicht, ob der Senat da noch mal kurz eingehen möchte.

Abg. Deniz Celik: Ich beziehe mich auf die Anhörung.

Vorsitzende: Ja.

Senatorin Fegebank: Ja, danke für die Fragen, liebe Frau Vorsitzende. Die letzte Frage, die ja vorhin auch schon adressiert wurde von Frau Möller-Metzger zum Beitritt Netzwerk Age-friendly City, kann ich bejahen, selbstverständlich, dass wir das beabsichtigen. Das ist sicherlich jetzt noch mal ein zusätzlicher Baustein nach der Anhörung beziehungsweise nach der Expertinnenanhörung der jetzigen Senatsbefragung und wir sind jetzt mitten in dem Prozess, laufen Ende des Jahres, Anfang nächsten Jahres auf die Zielgerade für den Aktionsplan ein und dann, glaube ich, kommt auch ein guter Zeitpunkt, um auch offiziell diesem Netzwerk auch beizutreten. Die Bereitschaft dazu gibt es und auch die öffentliche Erklärung, wie ja eben auch schon angesprochen wurde.

Wir können versuchen, wir haben ja Herrn Kellerhof hier, der immer sehr kompetent auch in diesem Ausschuss ja Auskunft gibt, einmal das Thema Pflege kurz aufzugreifen. Ich würde dann aber für eine vertiefte Debatte gern tatsächlich auch auf den Gesundheitsausschuss, auf den Sozialausschuss verweisen. Das Thema Beratungsstrukturen ist jetzt verschiedentlich angesprochen worden. Ich finde, dass wir da einen guten Ansatz wählen hier in Hamburg, weil dieser Ansatz die Vielfalt, die Unterschiedlichkeit nicht nur der Gruppe, sondern, also der Gruppe der älteren Menschen abbildet, sondern auch die jeweiligen Gegebenheiten in den unterschiedlichen Bezirken und Quartieren natürlich Rechnung trägt. Und ich habe eben gerade noch mal nachgeguckt, weil ja gerade das Beispiel München immer wieder Erwähnung gefunden hat. Die Armutgefährdung bei Seniorinnen und Senioren, bei älteren Menschen in München scheint noch mal deutlich höher zu sein als die, die wir hier haben. Jetzt will ich da gar keine Verbindung herstellen zwischen Beratungsstrukturen oder vielleicht größerem finanziellen Aufwand, der betrieben wird, sondern vielleicht auch einfach gewachsene Strukturen, Lebenshaltungskosten et cetera, die in München ähnlich hoch, wenn nicht gar höher sind.

Übrigens, auch das Thema Wohnen ist eins, was dort sehr relevant natürlich zu Belastungen führt, aber ich finde, jeder sollte doch auch hier versuchen, den eigenen Weg zu gehen und jetzt unsere Strukturen, die natürlich auch mit Beratung über Jahre, teilweise Jahrzehnte gewachsen sind und ja einer stetigen Weiterentwicklung unterliegen wie nämlich die Frage, wie unterstützen wir unsere ehrenamtlich gewachsenen Strukturen in der offenen Seniorenarbeit durch Hauptamt, was wir erstmalig jetzt tun in diesem Jahr. Dazu bitte ich gleich Frau Diek oder Frau Böttcher-Völker, zum aktuellen Stand was zu sagen, wo wir gesagt haben, dass wir einen Einstieg wählen, und gucken, wie wir klarkommen, wie es funktioniert, um dann gegebenenfalls auch weiterzumachen und dort auch – das geht auch in Richtung der Fragen von Herrn Grutzeck –, um dann dort auch wirklich eine stabile Struktur zu haben, feste Anlaufstellen haben und das Ganze natürlich

auch mit Hauptamt zu unterstützen. Deshalb teile ich das erst mal vom Angang nicht. Ich finde es immer gut, wenn man sich Best Practice anguckt, wenn man auch sieht, wovon man lernen kann. Was ich immer schwierig finde, ist, dass man sich aus einzelnen Kommunen und Städten wie so ein Cherry Picking alles Mögliche herausgreift und sagt, das wollen wir jetzt hier in Hamburg und dann machen wir das und dann ziehen wir das auch noch zusätzlich da rauf, ohne überhaupt irgendwie zu berücksichtigen, was hier eigentlich an Aktivität, auch an Bedarf, ja, und an Akzeptanz und Initiative überhaupt erforderlich ist. Und das heißt ausdrücklich, dass ich mir gern angucke, was andere Städte anders machen, was sie auch besser machen, ohne Frage, aber immer zu gucken, in Bremen ist das und Mecklenburg-Vorpommern hier und München da, ich glaube, das führt uns nicht wirklich weiter.

Das Thema, wie verschränken wir eigentlich verschiedene Aktionspläne, Rahmenprogramme, UN-Behindertenrechtskonvention, ist eben genannt worden, aber auch der Hitzeaktionsplan. Selbstverständlich gucken wir uns an, welche Andockpunkte es gibt, auch um wieder nicht eine Parallelstruktur zu schaffen, aber dass man das Thema Barrierefreiheit und Zugänge und Teilhabe auch hier adressiert, weil es vielleicht in Teilen auch eine Deckungsgleichheit bei den verschiedenen Themen gibt, gerade was die UN-Behindertenrechtskonvention und den Landesaktionsplan angeht, das ist nicht nur sinnvoll, sondern auch absolut notwendig. Gleiches gilt auch für den Hitzeaktionsplan, wo wir ja unsererseits auch als Behörde Impulse geben, und selbstverständlich gucken wir uns dann auch an, was passt gut in die Weiterentwicklung des Demografie-Konzepts und was können wir aufnehmen.

Die Frage Age-friendly City-Netzwerk habe ich eben schon aufgegriffen. Wir hatten noch mal das Thema der Lampen. Da würde ich gleich die Kollegin der BVM noch einmal bitten. Dann haben wir den großen Komplex des Wohnens und vielfältiger Wohnformen. Da bräuchten wir noch einmal ein bisschen oder ich zumindest ein bisschen zugespitzter die konkrete Frage. Ich glaube, Herr Kellerhof kann zumindest Teile davon adressieren, wenn ich das vorhin richtig mitgeschnitten habe, aber(?) ansonsten noch mal eine Frage, weil das dann vielleicht eine wäre, wo wir eine Protokollerklärung dann an die Kolleginnen der BSW geben, weil ich mich dazu zumindest jetzt nicht imstande fühle, da ganz umfassend Auskunft zu geben.

Und dann sind noch ein paar Fragen von Herrn Grutzeck vielleicht in Teilen offengeblieben. Ja, also das Thema Hauptamt-Nebenamt, Hauptamt-Ehrenamt der offenen Seniorenarbeit, das haben wir jetzt ja adressiert. Wie gesagt, mit einem Einstieg zum Statusbericht gibt es gleich einen kurzen Kommentar. Wir wollen natürlich, wenn wir den Aktionsplan entwickelt haben, gucken, welchen Kostenposten wir über die verschiedenen Bereiche identifizieren, und die werden und müssen dann selbstverständlich auch mit entsprechenden Mitteln hinterlegt werden, so wie wir es jetzt auf der Strecke quasi gemacht haben im Bereich der Digitalisierung, mit den Digitalmentorinnen, aber eben auch mit dem Einstieg in die Hauptamtlichkeit in der offenen Seniorenarbeit. Und die Frage, ob es richtig ausgewiesen, so quasi mit Label habe ich das verstanden oder Zertifikat, seniorengerechte Quartiere gibt, das kann ich gar nicht sagen. Ich weiß aber, dass bei den Quartiersentwicklungen der letzten Jahre und auch bei den aktuell stattfindenden großen Quartiersentwicklungen natürlich diese Perspektive immer auch mit einfließt, weil wir ja am Ende immer Quartiere für alle wollen. Also, es ist toll, wenn da der Stempel seniorengerecht drauf ist, aber dann kommt die Frage, sind denn andere Kriterien auch abgebildet, also sprich, ist die Barrierefreiheit sichergestellt in der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Wie ist das mit dem Thema Vielfalt? Sind alle Generationen mitgedacht? Also dann haben wir zwar ein seniorengerechtes Quartier, aber es gibt keine KITAS und Schulen oder vielleicht Sportanlagen, wobei Senioren natürlich auch Sport treiben. Deshalb ist es, glaube ich ... Vielleicht können Sie auch dazu was sagen, Herr Kellerhof, ob es dieses Zertifikat gibt, meines Wissens nein,

aber wichtig ist, dass bei allen Quartiersentwicklungen genau dieser Punkt auch eine Rolle spielt, dass Senioren mitgedacht sind und idealerweise auch mitmachen bei der Entwicklung dieses Quartiers.

Herr Kellerhof: Ja, um vielleicht diesen, mit dem letzten Punkt einmal anzufangen. Etwas pointiert gesagt, wollen wir das Label seniorenrechtliches Quartier. Ich bin da nicht von überzeugt, weil die Quartiere, die wir, und die Quartiersentwicklungsmaßnahmen, die wir in den letzten Jahren und weiterhin anstoßen, mit entwickeln, fördern zusammen mit der Bau- und Stadtentwicklungsbehörde sind solche, die als Eckpunkte haben Barrierefreiheit, Kontaktbegegnungsmöglichkeiten, aktiv herbeigeführt und sozusagen unterstützt, und Hilfestrukturen bei bestehendem und zunehmendem Hilfebedarf, und das unabhängig vom Alter, sondern eben auch bezogen auf Menschen mit Behinderung. Natürlich, je mehr Menschen jenseits beispielsweise von 80 Jahren dort leben, umso höher ist dann der Hilfebedarf im Durchschnitt, dem man da auch gerecht werden muss, aber das ist eigentlich die Grundorientierung und die ist eher, die manifestiert sich dann in Strukturen mit vielfältigen Wohnformen. Das war die Frage. Also wenn man mal an das Pergolenviertel beispielsweise denkt, das sind sozusagen so die Grundorientierungen, dass man auch als älterer Mensch, ja, jemandem in einer anderen Lebenslage begegnet im Umfeld und nicht nur älteren Menschen. Das ist unsere Grundorientierung. Die fördern wir mit Förderrichtlinien jetzt seitens der Sozialbehörde. Die unterstützen dann die Hilfestrukturen und die Begegnungsmöglichkeiten. Die Wohn- und Umfeldstruktur wird dann abgestimmt damit aus den anderen Töpfen von den anderen Behörden gefördert.

Ich würde dann noch etwas sagen zur Pflege. Herr Wohlfahrt hat ja in der Anhörung bestimmte Äußerungen gemacht. Er hat nicht gesagt, dass keine examinierten Pflegekräfte mehr zum Einsatz kommen, sondern nur noch ungelernte Kräfte. Wenn er das gesagt hätte, wäre er ein Risiko für seinen Betrieb eingegangen. Also er hat es ausdrücklich nicht gesagt. Was er wörtlich gesagt hat, ist, dass bestimmte Leistungen, man muss auch sagen, seit der Coronapandemie von den Regelungen der Krankenkassen her, die vorher examinierten Pflegekräften vorbehalten waren, jetzt nach den Verträgen mit den Krankenkassen auch von Assistenzkräften oder gar von ungelernten Kräften wahrgenommen werden dürfen. Das ist eine Regelung, die in der Not in der Coronapandemie von den Krankenkassen bei der Behandlungspflege eingeführt worden ist und die jetzt fortgesetzt worden ist. Es heißt nur, dass es ermöglicht wird, dass bestimmte Tätigkeiten da eben auch von geringer qualifizierten Kräften wahrgenommen werden. Es ist nicht so, dass das flächendeckend in Hamburg jetzt so wäre. So dramatisch ist es doch nicht.

Das Thema Eigenanteile ist korrekt dargestellt, auch von Herrn Wohlfahrt in der Anhörung korrekt beschrieben und problematisiert worden. Hamburg hat schon mehrfach in Bundesratsanträgen und bei der letzten Pflegereform darauf hingewiesen und ist initiativ geworden, tatsächlich die Schlechterstellung bei den Eigenanteilen von Wohngemeinschaften abzuschaffen. Die resultiert ja daraus, dass dort die Hilfe ambulant geleistet wird. Das ist eine Wohngemeinschaft, die ambulante Pflegeleistungen in Anspruch nimmt, und da gelten die Regeln der ambulanten Pflege. Da sind wir uns aber einig, dass das keine gute Regelung gerade für eine Stadt ist, in der wir diese vielfältigen Wohn- und Unterstützungsformen befördern wollen. Herr Wohlfahrt hatte in der Anhörung noch einen Punkt gesagt, dem ich hier ausdrücklich einmal für Hamburg widersprechen möchte. Er ist davon ausgegangen, dass die Sozialhilfe dann die höheren Eigenanteile in den Wohngemeinschaften nicht übernimmt. Das ist ausdrücklich nicht der Fall in Hamburg. Wir leisten in den Wohngemeinschaften die Hilfe zur Pflege genauso wie in den Pflegeheimen.

Senatorin Fegebank: So, jetzt noch einmal zur Frage Hauptamt, Nebenamt und wo wir da stehen.

Frau Dr. Diek: Ja, zum Hauptamt und der hauptamtlichen Unterstützung in den Treffs. Es wurden ja durch das bürgerschaftliche Ersuchen vom letzten Jahr für dieses und das kommende Jahr insgesamt 500 000 Euro für die Förderung dieser hauptamtlichen Unterstützung möglichst in allen Bezirken bereitgestellt und wir haben dann das Gespräch gesucht mit den Trägern und die haben auch Gespräche gesucht, nämlich mit den Ehrenamtlichen, die das ja zumeist dann auch vor Ort bewältigen. Und es zeigt sich, dass ja das, was auch schon in unserer bearbeiteten Globalrichtlinie ausgedrückt ist, dass wir da eben stärker Diversitätssensibilität haben wollen, dass wir uns in die Quartiere vor allen Dingen öffnen wollen mit den Treffs, also eben gerade nicht zentral alles zusammenziehen, sondern sozialraumbezogen und quartiersorientiert arbeiten wollen. Das soll natürlich auch hier dann durch die Unterstützung durch Hauptamt vorangebracht werden. Das war ja auch im Vorfeld immer das Argument der Verbände, dass dabei, bei dieser Ausrichtung, die Ehrenamtlichen nicht selten hochaltrigen Personen noch Unterstützung brauchen.

Und es zeigt sich, dass das eben doch eine gewisse Zeit braucht, um diese Gespräche alle zu führen. Wir haben dann eine Ausschreibung dazu gemacht und haben bestimmte Voraussetzungen gestellt. Also wir haben gesagt, wir möchten gern möglichst aus allen Bezirken etwas haben, aber es muss auch freiwillig sein vor Ort, weil das sonst keine Aussicht auf Erfolg hat, und es soll, möglichst sollen Treffs gefördert werden, die nicht schon über ein gewisses Maß im Hauptamt unterstützt werden, also die Unterstützung schon haben, und wir hatten auch dann gesagt, wir hätten dann gern vor Ort, dass die Treffs analysiert werden und dann ausgehend von der Lage, zu der man dann kommt – das wird immer eine andere sein, denke ich –, dass da dann Vorhaben auch vorangebracht werden und auch eine bestimmte Minimumzahl von Vorhaben.

So, und wir haben dann auch zwei Anträge bekommen, eine Bietergemeinschaft aus Parität, Rotem Kreuz und Diakonie, und der andere Antrag wurde von der AWO gestellt und nachdem sehr viele Fragen im Einzelnen zu klären waren, wie das Zuwendungsrecht das nun mal vorsieht, stehen wir jetzt kurz davor, die beiden Zuwendungsbescheide zu erteilen in diesem Monat noch, und die Projekte können dann starten. – Danke.

Vorsitzende: So, vielen herzlichen Dank. Gab es jetzt offene Fragen noch? Und da habe ich noch mal drei Wortmeldungen. Frau Schlage, Herr Kaya und Herrn Celik.

Abg. Britta Schlage: Ja, vielen Dank. Ich habe auch nur noch zwei kurze Fragen, und zwar einmal zu dem ganzen Bereich Informationen auch von Senior:innen, und zwar auch über die Angebote, die es so gibt, nicht speziell jetzt nur in Bezug auf Pflegestützpunkt und Pflegeberatung, sondern auch über Angebote der Offenen Seniorenarbeit und so. Da haben wir ja in der Anhörung drüber gesprochen. Frau Rogalski-Beeck hatte darauf hingewiesen, dass es ja in den Bezirken alle zwei Jahre neu aufgelegt so Übersichten über Angebote gibt, aber ich träume immer noch davon, von einer auch übergreifenden Übersicht, die auch ständig aktualisierbar ist oder häufiger aktualisierbar ist. Die Frage ist, ob man so was ... Also altersfreundliche Stadt, dazu gehört ja auch, dass man leicht erfahren kann, was wo überhaupt läuft für einen, also welche Angebote sich einem bieten, kostengünstige oder auch eben zu teure oder so, mit solchen Angaben versehen. Also kommt das in Betracht, so ein Projekt aufzunehmen noch mal in Form einer wirklich ganz leicht zugänglichen Plattform, wo man sich raussuchen kann Interessierendes?

Und meine zweite Frage betrifft die Senior:innenmitwirkung. Das gehört ja, denke ich, auch zur altersfreundlichen Stadt, dass Senioren überall mitmachen können, ist ja auch schon gesagt worden, am besten, dass die Senioren bei der Quartiersentwicklung mitmachen. Wir haben ja, wir sind da ja relativ weit in Hamburg, haben ja im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern, die das noch nicht haben, ein Seniorenmitwirkungsgesetz mit

unseren Seniorendelegiertenversammlungen und den Seniorenbeiräten auf Bezirksebene und dem Landes-Seniorenbeirat, für den ja Frau Rogalski-Beeck in der Expert:innenanhörung war. Ja, da ist noch mal meine Frage, da habe ich so in Erinnerung, dass es so rauskam, dass die Praxis – also wir haben dieses tolle, dieses Gesetz, da sind wir relativ weit –, aber dass die Praxis der Einbeziehung der Senior:innenvertreterinnen in den Bezirken in den verschiedenen Ausschüssen der Bezirksversammlung zu den verschiedenen Vorhaben dort, dass das in der Umsetzung doch noch, in einigen Bezirken jedenfalls, so hakt, ob man da noch mal Initiativen ergreifen kann, das zu verbessern. Und dann gehört dazu ja auch zur Mitwirkung, guter Mitwirkung, dass wir dann auch, nachdem jetzt mit den Coronasondermitteln die Seniorenbeiräte ja ausgestattet worden sind mit digitalen Geräten und so aus diesen Coronasondermitteln, dass es vielleicht gut wäre, wenn wir uns da mal Gedanken da über eine langfristige Regelung machen. Ist das denkbar, dass so dieser Regelungsbereich auch mit gehört in so ein Konzept zur altersfreundlichen Stadt? Bestehen da schon Gedanken? Sonst könnte man das ja noch aufnehmen. Wir sind ja in einer Phase, wo wir darüber diskutieren, was alles in den Aktionsplan gehört. Das sind meine beiden Bereiche oder Fragen.

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Kaya.

Abg. Metin Kaya: Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich finde es ein bisschen schade, dass Sie, Frau Senatorin, die guten Ansätze, sag ich mal, die in den anderen Bundesländern ja angegangen sind, oder Möglichkeiten, dass Sie die nicht übernehmen wollen beziehungsweise noch nicht einmal prüfen wollen. Also ich denke, man braucht das Rad ja nicht neu zu erfinden. Wenn gute Ansätze in verschiedenen Bundesländern oder auch in anderen Ländern da sind, kann man die zumindest einmal prüfen.

Aber meine Frage, eigentliche Frage geht in Richtung, wir haben jetzt in den vergangenen Wochen vom Statistikamt Nord die Statistiken bekommen, dass fast 40 Prozent der Hamburger Bevölkerung Migrantinnen und Migranten sind, also zumindest einen Migrationshintergrund haben, und ein nicht unwesentlicher Teil davon ist eben in den Fünfziger-, Sechzigerjahren, Siebzigerjahren hierhergekommen und inzwischen eben Seniorinnen und Senioren geworden. Wie ist das denn jetzt mit der Arbeit in den Stadtteilzentren beziehungsweise in den Seniorenzentren mit Menschen, die trotz so langjähriger Anwesenheit hier eben noch nicht über die sprachlichen Möglichkeiten verfügen, eben zu all den Punkten, die auch mein Kollege hier erwähnt hat, zum Beispiel zur Teilhabe, und sind da irgendwelche mehrsprachigen Angebote in Planung oder sollten die dann irgendwie auch mitberücksichtigt werden? Dahin geht meine Frage. – Danke.

Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Kaya. Jetzt habe ich noch mal Herrn Celik und danach Herrn Wysocki.

Abg. Deniz Celik: Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. Zum Thema Pflege, da möchte ich gern noch mal erwidern, also ich habe nicht davon gesprochen, dass flächendeckend ungelernete Kräfte zum Einsatz kommen, aber ich möchte kurz Herrn Wohlfahrt aus dem Protokoll zitieren. Er spricht davon „... *wir haben eine Absenkung der Qualifikation in der ambulanten Pflege hinnehmen müssen, die dann sagt, dass einige der Leistungen, der Pflegeleistungen, die bisher für dreijährig examinierte Krankenschwestern und Altenpflegerinnen vorbehalten waren, jetzt von ungelerten Kräften mit einem, ich glaube, so um die 80-Stunden-Kurs absolviert werden dürfen, erbracht werden dürfen.*“ Das haben Sie auch so dargestellt, Herr Kellerhof. Aber dann kommt er zu der Bewertung: „*Das ist eine Qualifikationsabsenkung, die sachlich und fachlich niemals gerechtfertigt sein kann, sondern nur der Schuld getragen ist, die Versorgungssicherheit aufrechtzuerhalten.*“ Wenn da nicht die Alarmglocken schrillen, dann weiß ich auch nicht mehr weiter.

Zum Thema MOIA wollte ich aber auch noch mal nachfragen. Wir sprechen die ganze Zeit darüber, Teilhabe ermöglichen durch Abbau von Barrieren. Ich habe jetzt nicht verstanden können, warum es nicht möglich sein sollte, dass man auch bei dem Anbieter MOIA sich telefonisch melden kann, um ein MOIA-Fahrzeug zu bestellen. Ich meine, wir sind, glaube ich, hier alle einig, dass die überwiegende Mehrheit der Nutzerinnen und Nutzer das weiterhin über App machen wird, vielleicht 95 Prozent oder mehr, aber für eine kleine Minderheit ist das eine Barriere, weil sie entweder mit digitalen Geräten nicht umgehen können, weil sie sich überfordert fühlen und so weiter und so fort. Da könnte man doch irgendwie, weiß ich nicht, ein Callcenter oder eine Leitstelle schaffen, wo jemand zum Beispiel einen Anruf persönlich entgegennimmt und die Angaben dann in den Rechner eintippt. Das kann doch nicht so schwer sein. Warum soll das nicht möglich sein, das kann ich nicht nachvollziehen.

Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Celik. Herr Wysocki, Sie haben jetzt das Wort.

Abg. Ekkehard Wysocki: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich habe eine spontane Wortmeldung auf die Äußerungen, die eben noch gemacht worden sind zum Hauptamt, weil ich da noch mal eine Nachfrage habe. Ich habe bei einzelnen Seniorenbegegnungsstätten die Rückmeldung aus dem Ehrenamt jedenfalls gekriegt, dass es erhebliche Probleme gibt bei der Forderung der Umsetzung aus der Globalrichtlinie, also wenn es darum geht, festzustellen, wie diversifiziert ihr euch, welche Kontakte habt ihr, meinetwegen, zu anderen Communitys in euren Stadtteil, und dass das im Moment jedenfalls als Berichtspflicht bei den Ehrenamtlichen landet und offensichtlich auch gekoppelt ist mit der Höhe der Ehrenamtlichen-Pauschale oder beziehungsweise der Pauschale, die die Seniorenbegegnungsstätte bekommt. Wenn sie das machen, kriegen sie, glaube ich, bezogen auf die Begegnungsstätte, die ich jetzt kenne, glaube ich, 13 000, wenn sie es nicht machen, sind es 11 000. Aber die Belastung, das sozusagen dann tatsächlich nachzuvollziehen, ist ja jetzt auf die übliche Tätigkeit der Ehrenamtlichen hier noch draufgesattelt worden. Deswegen würde ich a) fragen, wie sind da Ihre Rückmeldungen, das hier ist ja nur eine Seniorenbegegnungsstätte. Und die zweite dann noch mal, das Hauptamt, von dem Sie eben gesprochen haben, wo ist das angesiedelt? Ja wohl nicht bei der einzelnen Seniorenbegegnungsstätte, ist das beim Träger angesiedelt? Da würde ich gern noch mal eine Erläuterung haben, wie das sozusagen gemeint ist, wo dieses Hauptamt dann zur Unterstützung der Ehrenamtlichen gerade bei dieser Frage, wo das dann angesiedelt ist. – Danke schön.

Vorsitzende: Ja vielen Dank, Herr Wysocki. Ich habe noch eine weitere Wortmeldung jetzt, bevor ich das Wort an den Senat gebe, würde ich vorschlagen, dass ich sozusagen die Meldeliste hier schließe, weil wir noch eine Drucksache zu beschließen haben heute. Gibt es noch weitere Wortmeldungen, die ganz kurz sind und sehr eilig sind? Dann gucke ich noch mal rum. Gibt es nicht. Dann gebe ich das Wort an Frau Metzger.

Abg. Christa Möller-Metzger: Möller-Metzger, ja, ist egal, ich höre auf alles, ist kein Problem. Ich habe auch nur eine ganz kurze Frage und die vielleicht als Protokollnotiz dann an die Behörde für Wohnen und Stadtentwicklung. Frau Haist hatte ja den Wohnungstausch als ganz wichtigen Punkt genannt. Und das Problem ist ja immer der Quadratmeterpreis, also wenn ich dann eine kleinere Wohnung nehme, die dann teurer ist als die große Wohnung. Also gibt es da Überlegungen oder werden da Möglichkeiten gesehen, einen Wohnungstausch zu machen zum gleichen Quadratmeterpreis, also dass ich wirklich, wenn ich von einer großen Vierzimmer- oder Fünzimmerwohnung in eine Zweizimmerwohnung umziehe, dann tatsächlich finanzielle Einsparungen habe. In anderen Städten gibt es wohl diese Möglichkeit und da ist also meine Frage, ob das auch in Hamburg irgendwie denkbar sein könnte und das möglichst natürlich im gleichen Quartier. Das ist ja das, was ältere Menschen dann wollen, je älter sie sind, sie wollen ja nicht mehr groß irgendwo anders hinziehen, was auch schwierig für sie wäre. – Danke.

Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Dann gebe ich das Wort an den Senat weiter.

Senatorin Fegebank: Ja, also zu der letzten Frage, um das Feld von hinten aufzurollen, würden wir das per Protokollerklärung (**Anlage**) dann Ihnen zur Verfügung stellen, wo und an welcher Stelle es sogar schon solche Angebote gibt. Meines Wissens gibt es die tatsächlich schon zum Wohnungstausch. Wie erfolgreich das ist, das vermag ich an dieser Stelle nicht zu beurteilen. Und das ist übrigens, Herr Kaya, ein Feld, wo wir natürlich gucken, was machen andere Städte und Kommunen, und da, wo es gut funktioniert, gucken wir uns das auch selbstverständlich an.

Dann würde ich gleich noch mal zu der Frage Globalrichtlinie und Ansiedlung Hauptamt Frau Böttcher-Völker das Wort geben, Herrn Kellerhof zu der Pflegefrage, sofern Sie da noch einmal reagieren möchten. Ansonsten war das, glaube ich, auch eher so ein Reaktionsimpuls. Herr Kaya, ja, Sie haben völlig recht, wir haben eine große ja und auch wachsende Anzahl der Ü60/65-Generation mit Migrationshintergrund und hatten ja verschiedentlich auch hier im Ausschuss, und das ist dann natürlich auch noch mal bestätigt worden durch die Expertinnenanhörung, sehr deutlich gemacht, dass sich das natürlich in unseren Strukturen auch abbilden muss. Einige vorbildliche Projekte, das gemeinsame deutsch-türkische Wohnprojekt in Altona wird genannt, in der Tat, das ist eins, davon brauchen wir noch viel, viel mehr, weil es die Verständigung, die Nachbarschaft untereinander fördert und stärkt und einfach auch, ja, bis ins hohe Alter hinein zeigt, ihr seid Teil unserer Gesellschaft und auch Teil unserer Stadt. Das Ganze soll sich jetzt natürlich auch ausweiten, und deshalb ja die neue Globalrichtlinie, eben auch mit Blick auf Menschen mit Migrationshintergrund in bestehenden Strukturen der offenen Seniorenarbeit, der Seniorentreffs. In der Tat ist das vielleicht für viele erst mal auch ein Stück weit ein Kulturwandel oder eine neue Form der Öffnung. Mein Eindruck ist, dass da teilweise untereinander schon zusammengearbeitet wird, denn es gibt ja durchaus auch von den verschiedenen Migrantinnen-Communitys auch schon Angebote für ältere Menschen. Und da noch stärker in die Vernetzung zu gehen, sich gegenseitig zu informieren über Angebote, die es gibt oder künftig geben soll und auch in der entsprechenden Sprache oder Muttersprache, das ist sicherlich sinnvoll, da stehen wir aber nicht nur im guten Austausch, sondern, ich glaube, in Teilen noch am Anfang dieses Prozesses.

Seniorenmitwirkung, die Frage, wie das eigentlich gelebt wird in den Bezirken, war eben auch noch eine Frage. Das ist etwas, was mich verschiedentlich immer wieder erreicht hat, dass es dort einige Ausschüsse, einige Bezirke gibt, die das sehr gut machen, auch sehr ernst nehmen, und andere, vielleicht gar nicht aus böser Absicht, aber einfach, weil es ihnen durchrutscht oder sie es nicht auf dem Zettel haben oder vielleicht manchmal auch die Notwendigkeit gar nicht sehen, da das mit der Mitwirkung vielleicht nicht ganz so ernst nehmen. Ich werde das noch mal zum Anlass nehmen, wirklich auch auf die Umsetzung der Seniorenmitwirkung in den Bezirken, zu denen wir ja auch einen guten Zugang haben durch behördliche Verantwortung, zuzugehen und auch noch mal die Bedeutung zu unterstreichen. Da müssen wir, glaube ich, einfach verschiedentlich noch mal ein bisschen stärker sensibilisieren und auch auf die Grundlage des Gesetzes Einfluss nehmen. Aber da sind wir auch in gutem Austausch, es sind ja auch heute hier Vertretungen des LSB, des Landes-Seniorenbeirats, und auch aus bezirklichen Beiräten, Seniorenbeiräten. Da wäre ich dann auch noch mal dankbar für einen Hinweis, wir haben regelmäßigen Austausch, wenn es da einige Bezirke, Bezirksversammlungen, Ausschüsse gibt, bei denen das Gefühl entsteht, das wird gar nicht gesehen und gar nicht ernst genommen, dass ich auch gezielt darauf bitte noch mal angesprochen werde.

Die Frage der niedrigschwelligen Plattformen, so nenne ich es jetzt mal, ist tatsächlich immer eine, die im Kontext, wie transparent sind eigentlich Angebote, wie umfassend sind

eigentlich Angebote, vor allem, wer weiß eigentlich von was in der Stadt, also von Bücherhalle bis hin zum IT-Kurs, vom gemeinsamen Tanz bis hin zur Lesung, aber sicherlich auch die Frage von Beratung und wo kriege ich welche Leistung, das hatte Herr Celik ja eben auch noch mal angesprochen, wer weiß eigentlich, dass er oder sie jetzt wohngeldberechtigt ist. Ich hatte das Gefühl, da ist auch städtischerseits über ziemlich viele Kanäle auch sehr niedrigschwellig geworben worden, beworben worden. Ich finde, die Zahlen, die zeigen es auch, dass wir da einen Anstieg an Zahlen haben. Aber in der Tat ist diese Idee von einer gemeinsamen Plattform eine sehr, sehr gute, sehr sinnvolle, von der ich auch glaube, dass wir sie jetzt uns im Prozess zum Aktionsplan noch mal angucken müssen. Allerdings, und jetzt kommt die Einschränkung, und da würde ich sehr gern gucken, wo es läuft, also in welchem Bundesland, welcher Stadt, welcher Kommune vielleicht sogar auf Bundesebene es Ideen und Überlegungen gibt, so was zu realisieren. Dann würde ich mich gern austauschen mit den Initiatoren oder Trägern dieser Plattformen, wie denn sichergestellt ist, dass wirklich alle Angebote erstens wirklich umfassend da sind und dass es nicht so eine Schlagseite in die eine oder andere Richtung gibt, und zweitens ist das Thema Aktualisierung eins. Also Pflege und Aktualisierung. Jetzt irgendwie eine Datenwüste, eine Website irgendwie online zu stellen und dann Termine da raufzusetzen, die dann in drei Monaten outdated sind und dann guckt man in einem halben Jahr drauf und stellt dann fest, der letzte Eintrag ist irgendwie von Februar '22, das bringt einfach nicht viel und verursacht nur Enttäuschung und Frust. Und deshalb sollten wir uns das, glaube ich, noch mal angucken, ob es da vielleicht noch eine Lösung dessen gibt, was wir uns bisher schon angesehen haben, weil das offenbar der Pferdefuß war, fehlende Pflege, fehlende Aktualisierung und wirklich dann auch der umfassende Blick. Vielleicht kriegen wir da auch über Digitalisierung und KI irgendwas hin, das müssten wir uns jetzt wirklich noch mal angucken. Da werde ich auch bei uns mit ITD noch mal sprechen, also unserer Digitalisierungseinheit für die Stadt, ob man darüber vielleicht sich noch mal Gedanken machen kann, ob da was geht.

Und letzter Punkt, ich hoffe, ich habe dann alles aufgegriffen, zumindest von dem, was ich auf dem Zettel habe, und dann kommen die Kollegen gleich noch mal dran, ist die Frage der Ausstattung, Ausstattung im Bezirk, Seniorenbeiräte. Da sind wir tatsächlich gerade noch mal dabei, entweder direkt in die Ausstattung zu gehen oder über eine Pauschale nachzudenken. Müssen wir noch mal gucken, das wird gerade geprüft, weil wir schon auf dem Weg ... Ich lasse mal meinen Blick nach oben schweifen, das war, glaube ich, immer Dauerpunkt unserer Beratungen mit dem Landes-Seniorenbeirat. In einigen Bezirken klappte das ganz geschmeidig, in anderen gar nicht. Bestellvorgänge, alles war dezentral, dann waren bestimmte Geräte, die aber bestellt werden mussten, weil die Anträge, die drei Angebote, die man im Kontext Beschaffung hat, irgendwie deutlich über dem Budget lagen, jedenfalls alles viel, viel komplizierter, als es vielleicht eigentlich sein müsste. Und deshalb überlegen wir auch, ob das mit einer pauschalen Lösung dann geht, weil wir das auf jeden Fall natürlich sicherstellen wollen und müssen, dass die gewählten Vertretungen, Seniorenvertretungen, die wir in den Bezirken, aber auch auf Landesebenen haben, dass die eine entsprechende technische Ausstattung haben und auch an allen Sitzungen entsprechend dann teilnehmen können.

Ja. Ach, mir fehlt noch ein weiterer Punkt, das Thema MOIA ist eben, glaube ich, auch noch mal kurz angesprochen worden. Dann schlage ich vor, dass wir mit der BVM starten, Frau Wesche, und dann kommen wir über Pflege, Herr Kellerhof, wenn Sie reagieren mögen, wenn nicht, ist auch fein, und dann schließen wir noch mal mit der Frage hier bei uns ans Haus. Frau Wesche.

Frau Wesche: Ja, alles klar. Sie hatten noch mal angeregt, dass man doch eine Person abstellen könne, die sozusagen dann die Dateneingabe übernehmen kann. Grundsätzlich ist das natürlich möglich, technisch ist ja heute relativ viel möglich. Man muss, glaube ich, einfach sehen in einer Abwägung, welches System man sozusagen unterstützen möchte

und nicht, wie man damit effizient umgeht. Wir haben dieses System MOIA, das hatte ich ja eingangs gesagt, das ist ein System, was kein Taxi ist, irgendwo zwischen ÖPNV und individualisiertem ÖPNV sich befindet, was tatsächlich über Algorithmen funktioniert und über die Anforderung der Person, die halt dann dort an diesem Standort ist. Also ich habe die 12 000 Haltepunkte ja dementsprechend erwähnt. Wir sehen in anderen Städten tatsächlich, in Stuttgart ist das so, aber auch bei hvv hop, die ja so ähnlich funktionieren, da gibt es die telefonische Bereitstellung, da ist es ein anderes Finanzierungssystem und auch ein anderes System, da werden aber tatsächlich unter ein Prozent der bestellten Fahrten telefonisch bestellt. Das heißt also, man muss dann halt, wie gesagt, abwägen, wenn es so eine, in Anführungszeichen, also geringere Nutzung ist, möchte man das oder möchte man das nicht. Und in diesem Fall ist die Abwägung halt zugunsten gefallen, dass diese telefonische Bestellung bei MOIA dann nicht vorgesehen ist. Wie gesagt, bei anderen Systemen geht es. Und für mich ist es einfach auch noch mal wichtig klarzustellen, wir sind hier nicht im Taxenbereich, denn also der Taxenbereich funktioniert anders, das ist auch noch mal etwas, da ist die Personalbetreuung, das ist ja auch der Unterschied zu den On-Demand-Services, dass dort die Personen abgeholt werden, von Tür zu Tür gebracht werden, was einfach noch mal in dem Bereich ein anderer Anspruch ist. Insofern ist es grundsätzlich möglich, aber die Abwägung wurde dagegen gemacht.

Senatorin Fegebank: Dann, bitte, Frau Böttcher-Völker.

Frau Dr. Böttcher-Völker: Ja, vielen Dank. Also zum einen, die laufenden Zuwendungen für die Seniorentreffs laufen alle noch nach der alten Förderrichtlinie, weil, die neue Förderrichtlinie ist zwar Anfang des Jahres in Kraft getreten, aber gilt erst für Zuwendungen ab '24. Genau, es gibt dort eine Staffelung von 11 000, 12 000 und 13 000 Euro. 11 000 Euro erhalten alle, sage ich mal, die die Anforderungen jetzt der Förderrichtlinie nicht vollständig erfüllen, 12 000 sozusagen ist das, was man erhält, wenn man die Anforderungen erfüllt, und 13 000 ist das, wenn man darüber hinaus auch sich, sage ich mal, zum Sozialraum mehr öffnet, das ist der sozialräumliche Bezug. Das ist die Staffelung. Genau.

Es gab auch schon, auch zur alten Förderrichtlinie, immer, sage ich mal, ein Berichtswesen, wo festgehalten wurde, welche Angebote haben in welcher Anzahl stattgefunden und wie viele Teilnehmende gab es. Das ist nicht neu, das ist etwas überarbeitet worden und an die Förderrichtlinie angepasst worden. Aber es ist auch teilweise vereinfacht worden, also insbesondere ist so eine komplizierte Berechnung von Öffnungszeiten weggefallen, weil das vereinfacht wurde.

Es gibt zu der Förderrichtlinie auch eine Anlage, die wir auch gemeinsam mit den Verbänden erarbeitet haben und die ziemlich detailliert auflistet, was sich sozusagen hinter den einzelnen Anforderungen in der Förderrichtlinie verbirgt. Und da sind wir sehr niedrigschwellig vorgegangen, also für die interkulturelle Öffnung zum Beispiel genügt letztlich ein gemeinsames, also ein Fest, wozu offen eingeladen wird. Also es sind wirklich sehr niedrige Anforderungen. Das haben wir natürlich ganz bewusst auch so niedrigschwellig geregelt, damit eben halt das auch erfüllbar alles ist und bleibt. Ach so, und die Bezirksämter beraten auch, sozusagen, wenn es jetzt um die Antragstellung ... beziehungsweise die Antragstellung für das nächste Jahr ist ja erfolgt, aber was sozusagen da für die Anträge zu beachten ist, da haben die Bezirksämter auch beraten.

Für das Hauptamt-Projekt, das hauptamtliche Personal wird natürlich bei den antragstellenden Trägern angestellt sein, aber unmittelbar in den Seniorentreffs arbeiten. Daneben ist auch sozusagen vorgesehen, dass die sich auch treffübergreifend austauschen und auch sozusagen gemeinsam an der Weiterentwicklung der Treffs arbeiten. Genau. Soweit erst mal. – Vielen Dank.

Vorsitzende: Ja, vielen herzlichen Dank. Wir haben ja auch die Redeliste schon geschlossen und es gibt auch keine weiteren Wortmeldungen zu der Sache. Und damit können wir die Senatsanhörung und die Auswertung heute schließen und damit auch insgesamt die Selbstbefassung heute abschließen und wir bitten die Bürgerschaft, von unseren Beratungen Kenntnis zu nehmen.

Zu TOP 2

Keine Niederschrift, siehe Stellungnahme an den federführenden Haushaltsausschuss.

Zu TOP 3

Ausschusssitzung am 16.11.2023:

Die Vorsitzende erinnerte daran, dass für die Sitzung die Beratung der Drucksache 22/12678: *Feststellung des Senats über das Zustandekommen der Volksinitiative „Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung“ (Senatsmitteilung)* vorgesehen sei, zu der die Initiatorinnen und Initiatoren der Volksinitiative eingeladen würden. Um ausreichend Zeit für die Beratung zu haben, schlug sie vor, den Sitzungsbeginn auf 13 Uhr festzulegen. Ein abschließende Klärung hierzu erfolge unter den Obleuten.

Filiz Demirel (GRÜNE) (Vorsitz)	Abg. Eckard Graage i.V. (CDU) (Schriftführung)	Claudia Kuhlmann (Sachbearbeitung)
---------------------------------------	--	---------------------------------------

Protokollerklärung

der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

zur Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Antidiskriminierung

am 12.10.2023

zu TOP 1 – Altersfreundliche Stadt (Age-friendly City der WHO) (Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) wurde gebeten, folgende Frage zu beantworten: Welche Angebote gibt es in Hamburg im Bereich des Wohnungstauschs? Gibt es Überlegungen (seitens des Senats), einen Wohnungstausch zum gleichen Quadratmeterpreis anzubieten?

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) beantwortet die Frage wie folgt:

Über die Koordinierungsstelle Wohnungswechsel der BSW wird das Thema bearbeitet und Bürgerinnen und Bürger werden beraten.

Es gibt zahlreiche Angebote in Hamburg hinsichtlich des sogenannten Wohnungstausches. Neben kommerziellen privatwirtschaftlichen Internet-Angeboten sowie diversen Kleinanzeigen-Möglichkeiten bieten auch einige Wohnungsunternehmen derartige Angebote für ihre eigenen Wohnungsbestände und ihre Mieterinnen und Mieter an. Darüber hinaus haben auch viele Wohnungsbaugenossenschaften ähnliche Angebote nach eigenen Kriterien für ihre Mitglieder.

Insbesondere das städtische Wohnungsunternehmen SAGA macht seinen Mieterinnen und Mietern ein entsprechendes Angebot. Hier kann die Quadratmetermiete bei einer kleineren Wohnung gleicher Art und Güte mitgenommen werden. Näheres siehe unter www.saga.hamburg/fuer-unsere-mieter/meine-saga/wohnungstauschboerse.

Auf etwaige Angebote von privaten Wohnungsunternehmen und -genossenschaften hat die BSW keinen unmittelbaren Einfluss, befürwortet aber offene und freiwillige Angebote, da sie einen Beitrag leisten können, den vorhandenen Wohnraum in Hamburg besser zu nutzen.